Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 Zł., monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 Zł., monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Rentenmark. — **Einzelnummer 20 Gr.** Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung d. Zeitung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 291. **Bromberg, Mittwoch den 17. Dezember 1924.** **48. Jahrg.**

Rumäniens Furcht vor Rußland.

Von unserem Bukarester Mitarbeiter.

Nach der Gründung der Moldau-Republik. — Die Sowjets nutzen das Minderheitenproblem aus. — Rumänische Verwaltungsfehler. — Kann Bukarest auf Polen rechnen? — Rumäniens falsche Abwehrpolitik.

Bukarest, im Dezember.

Nach den letzten Skandalaffären wendet sich das Interesse der öffentlichen Meinung wieder einmal ausschließlich der Außenpolitik zu. Es ist begreiflich, wenn Bukarest unruhig wird, denn Moskau hat durch die Schaffung der Moldau-Republik einen überaus geschickten Schachzug seiner Propaganda durchgeführt. Das Minderheitenproblem ist heute ein Weltproblem. In Europa gibt es 48 Millionen Menschen, die durch die Friedensverträge von ihren Stammvölkern losgerissen worden sind. Diese Tatsache versuchte Moskau geschickt auszunutzen, indem es seinen Minderheiten Autonomie gewährt, um so für alle übrigen Minderheiten einen Anziehungspunkt zu schaffen und, das ist ja das letzte Ziel Rußlands, die Weltrevolution vorzubereiten. Diese Tatsache hat auch Bukarest rein instinktiv erfaßt. Man hat in Beßarabien ein reichlich schlechtes Gewissen. Dieses Land, dessen Bevölkerung im Jahre 1918 die rumänischen Truppen mit Blumen als Befreier von dem Terror begrüßte, seufzt heute unter einer elenden Verwaltung, unter einer beispiellosen Korruption, unter einem harten Terror von Gendarmerie und Siguranța. Rumänien hat es verpaßt, die Seele dieses Landes für sich zu gewinnen. Der psychologische Augenblick ist vorübergegangen, wer weiß ob er jemals wiederkehren wird?

Aber man weiß noch etwas anderes in Bukarest. Man ist sich der Tatsache nur zu gut bewußt, daß Rußland den Kampf um Beßarabien niemals aufgeben wird. Moskau braucht dieses Land wegen seines Zuganges zu den Donaumündungen und wegen des Weges nach Konstantinopel. Man weiß aber auch, daß Rumänien in seinem Kampf mit Rußland lediglich auf die eigenen Kräfte angewiesen ist. Auf der letzten Konferenz der Kleinen Entente in Prag ist die Formel gefunden worden, daß in gewissen Fragen sich jeder Staat des kleinen Verbandes seine Aktionsfreiheit vorbehält. Diese Formel bedeutet nichts anderes, als daß Südslawien und die Tschechoslowakei Rumänien in seinem Kampfe mit Rußland allein lassen wird. Aber auch Frankreich wird kaum einen Grenadier zur Verteidigung der beßarabischen Grenze zur Verfügung stellen. Rumänien kann sich infolgedessen nur auf Polen stützen. Aber auch hier steigen Bedenken auf. Rumänien hat mit Polen nur ein Militärabkommen gegen Rußland. Was wird nun aber geschehen, wenn die neue Moldau-Republik Rumänien angreift und Moskau seine Hände in Unschuld wäscht? Wird Polen seine Regimenter dann auch marschieren lassen? Das fröstelnde Gefühl der Vereinsamung beginnt die Politiker von Bukarest in der beßarabischen Frage zu durchzittern. Erst jetzt merkt man, was alles seit 1919 versäumt worden ist.

Auf der Suche nach einem Ausweg kommt man aber bezeichnenderweise zu Lösungen, die vollkommen verkehrt und durchaus nicht geeignet sind, das Problem in irgendeiner Weise zu klären. Der „Universul“ brachte unlängst Nachrichten über Angriffspläne Rußlands gegen Rumänien. In einem Artikel wurde ausgeführt, wie Rußland den Umsturz in Rumänien herbeizuführen gedenkt. Rußland habe das rumänische Staatsgebiet in fünf Operationskreise eingeteilt. Durch Zerstörung von Eisenbahnen und Brücken soll die Bukowina vom übrigen Land abgeschnitten werden und darauf der allgemeine Vormarsch in südlicher Richtung gegen Jassy erfolgen. Der zweite Operationskreis umfaßt Beßarabien, wo keine nennenswerte Aktion unternommen werden soll, lediglich revolutionierende Vorbereitungen seien an der Dnjestrmündung und im Donaudelta mit den Operationspunkten Tatarbunar und Valsov, mit den Marschrichtungen auf Galatz und Reni in Aussicht genommen. Der dritte Operationskreis soll die Dobrudscha mit der Marschrichtung nach Bukarest und der Sprengung der Brücke bei Cernavoda sein. Der vierte Kreis umfaßt das Banat und den Osten der einstmals ungarischen Gebiete mit dem Mittelpunkt in Lugosch und Karansebesch. Der fünfte Kreis endlich bildet den nördlichen Teil Siebenbürgens mit dem Mittelpunkt in Klausenburg und Großwardein. Nachdem der „Universul“ diesen angeblichen russischen Operationsplan entwickelt hat, zieht er daraus rein militärische Folgen und fordert militärische Maßnahmen, um diesem Kampf entgegenzutreten.

Das aber ist der Fehler Rumäniens. Der russischen Propaganda kann nur mit Mitteln einer Gegenpropaganda vorgebeugt werden. Die Sicherheit der Grenzen ist in erster Reihe im Herzen der Landesbewohner verankert und stützt sich nicht auf Bajonette. Solange Rumänien diese Tatsache nicht entsprechend erkennt, wird es kaum jemals den Kampf um Beßarabien mit Aussicht auf Erfolg führen können. Denn was von Rumänien bisher an Gegenpropaganda geboten worden ist, war mehr als schwach. So veröffentlichte der „Viitorul“, das liberale Regierungsorgan, eine Mitteilung, wonach in der Moldau-Republik als erste Tat der neuen autonomen Regierung die Steuerschraube stark angezogen worden sei, so daß diese neue Republik auf Beßarabien kaum eine Anziehung ausüben werde. Geschickter war der Ministerpräsident Jonel Bratianu, der auf eine Anfrage im Senat erklärte, Rumänien müsse für die Schaffung der Moldau-Republik dankbar sein, denn Rußland habe dadurch amtlich zugegeben, daß es auch jenseits des Dnjestr noch Rumänien gebe, daß also Rumänien seine Grenzen nicht genügend weit nach Osten vorgeschoben habe. Das war aber auch das einzige, was bisher an wirklichen politischen Kampfmitteln den neugeschaffenen Tatsachen gegenüber von Rumänien aufgeboten wurde. Ohne Zweifel stehen wir erst am Anfang der Entwicklung des beßarabischen Problems. Der Beginn ist für Rumänien ungünstig. Wie wird der Ausgang sein?

Chamberlains Bericht.

London, 16. Dezember. Nachdem Chamberlain Sonnabend nacht nach London zurückgekehrt ist, setzte gestern im Unterhause die große Debatte über die auswärtige Politik ein. Mit großem Interesse sah man den Erklärungen Chamberlains über die Resultate seiner Reise und die Besprechungen, die er mit den Ministerpräsidenten Herriot und Mussolini hatte, entgegen. Man kam hierbei jedoch nicht auf die Rechnung, da Chamberlain gleich von vornherein erklärte, daß diese vertraulichen Unterredungen an Wert verlieren und in Zukunft unmöglich würden, wenn die Beteiligten alle Einzelheiten dieser vertraulichen Aussprache bekannt geben wollten. Weiter sagte der Minister, daß er weder in Frankreich noch in Italien sich über das Genfer Protokoll ausgesprochen und auch nicht die Frage der internationalen Schuld berührt habe. Ich habe, sagte Chamberlain, keinen Grund zu der Annahme gegeben, daß in England über diese Fragen irgendeine Entscheidung getroffen wurde. In den Unterredungen, die der Minister hatte, versuchte man lediglich, die Taktik der Regierungen in bezug auf die Gemeinsamkeit der Interessen zu vereinheitlichen.

Chamberlain ging hierauf auf die Vorwürfe ein, die der neuen Regierung durch den Unterrichtsminister aus dem Kabinett der Arbeiterpartei aus Anlaß der Politik der neuen Regierung gegenüber Ägypten und Sowjetrußland gemacht wurden. Was Ägypten anbelangt, sagte der Minister, so habe ich entgegen dem, was gesagt wurde, bei meiner Anwesenheit im Auslande eine Reihe von Glückwünschen aus Anlaß der Haltung der englischen Regierung gegenüber der ägyptischen Krise erhalten. Außerdem ist es Tatsache, daß diese Haltung von sämtlichen Ausländerkolonien in Ägypten als richtig anerkannt wurde. Dieser Ausdruck der Meinung der Ausländer in Ägypten ist nach Ansicht des Redners das, was eben die englische Regierung wünscht. Chamberlain erinnerte bei dieser Gelegenheit an das Telegramm, das noch Macdonald als Ministerpräsident an Zaglul Pascha gesandt hat und das die Grundlage für die Politik der englischen Regierung in Ägypten auch heute noch bildet.

Der Redner unterstrich die Richtigkeit des Gesichtspunktes Macdonalds in der ägyptischen Frage, der bei der Anwesenheit Zaglul Paschas in London in die Erscheinung trat. Der an der Person Sir Lee Stacks verübte Mord stärkte nur, nach Ansicht Chamberlains, den widerspenstigen Standpunkt Zaglul Paschas und seiner Anhänger. Endlich erklärte der Redner, daß England gegenüber der ägyptischen Krise eine starke Hand haben müsse und wies auf die Rechte und Privilegien hin, die sich die englische Regierung in dem Akt vorbehalten hat, in welchem die Unabhängigkeit Ägyptens verkündet wird. Der Standpunkt Englands in Ägypten, sagte der Minister, hat eine ganz spezielle Form, da er England besondere Verpflichtungen auferlegt. Die Interessen Englands in Ägypten haben einen spezifischen Charakter für die Interessen der Welt und für den Bestand des Britischen Imperiums. Die englische Regierung wünsche durchaus nicht, sich in die inneren Angelegenheiten des unabhängigen Ägyptens einzumischen. Die englischen Forderungen gegenüber Ägypten lassen sich dahin zusammenfassen, daß die ägyptische Regierung mit der englischen Regierung zusammenarbeite, und sie nicht sabotiert, eingedenk dessen, daß England die Verpflichtung auf sich genommen hat, die Interessen fremder Völker in Ägypten zu verteidigen. Die englische Regierung wünscht, daß Ägypten nur die Verpflichtungen loyal erfüllt, die in der Deklaration über die Unabhängigkeit enthalten sind. Eine solche Haltung der ägyptischen Regierung würde dauernde und freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern sicherstellen. Soweit es sich um die neue ägyptische Regierung handelt, so scheint der Stand der Dinge, den England wünscht, durch diese neue ägyptische Regierung gesichert. In Anbetracht dessen ist kein Anlaß vorhanden, daß der Völkerbund in der ägyptischen Frage interveniert. Chamberlain wies darauf hin, daß nicht allein das Statut der Liga nicht die Notwendigkeit der Intervention der Liga in ähnlichen Fällen vorsieht, sondern im Gegenteil sogar Artikel enthält, die das spezifische Verhältnis Englands zu Ägypten anerkennen.

Zum Schluß seiner Rede berührte Chamberlain die Frage des Sinowjew-Briefes. Der Redner erklärte, daß die Regierung den Text dieses Briefes aus bekannten Kreisen erhalten habe, und daß die Untersuchung über die Echtheit dieses Briefes durchgeführt worden sei. Außerdem habe die Regierung von anderer Seite die Bestätigung der Echtheit des erwähnten Briefes erhalten, die nicht angezweifelt werden könne.

Der Vorsitz in den Sejmkommissionen.

Warschau, 12. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Im gestrigen Seniorenkonvent kam die Frage der Besetzung der Vorsitzendenposten in den einzelnen Kommissionen, sowie die Wahl deren Vertreter zur Besprechung. Die Ukrainer, Weißrussen, wie auch die Deutschen haben die Übernahme der ihnen angebotenen durchaus nebensächlichen Kommissionen abgelehnt. Den Vorsitz übernahmen: in der Administrationskommission — die Wyzwolenie, Budgetkommission — der Nationale Volksverband (Z. L. N.), Verkehrskommission — Z. L. N., Konstitutionskommission — Jüdischer Klub, Arbeitsschutz — Christlichdemokraten, Wiederaufbau des Landes — Bauernverband, die Kommission für Handel und Industrie — Z. L. N., die Rechtskommission — P. P. S., Bodenreformkommission — Piast, die Kommission für öffentliche Arbeiten — Piast, die landwirtschaftliche Kommission — Wyzwolenie, die Finanzkommission — der ukrainische Klub, die militärische Kommission — Z. L. N., die Kommission für Außenangelegenheiten — Piast, die Emigrationskommission — Christlichdemokraten, die Reglementskommission und die Kommission für die Unantastbarkeit der Abgeordneten — Christlichnationalen, die Kommission für das allgemeine Gesundheitswesen — Wyzwolenie, die Kommission zur Bekämpfung der Teuerung — die Christlichnationalen.

Der Złoty (Gulden) am 16. Dezember
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar =	5,23	Złoty
	100 Złoty =	103	Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21	Złoty
	1 Danz. Guld. =	0,97½	Złoty
Rentenmark	. . =	1,23—1,25	Złoty

Dänischer Brief.

(Eigener Bericht der „Deutschen Rundschau“.)

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben:

Nach Übernahme des Amtes Ende April stand das sozialdemokratische Kabinett Stauning vor der Aufgabe einer Stabilisierung der dänischen Krone. Da verschiedene Anläufe an der Haltung des Landthings gescheitert waren, in dem die Sozialisten und Radikalen in der Minderheit sind, sich die sozialistischen Valutapläne auch nicht gerade durch geniale Ideen oder auch nur eine finanzpolitische Gründlichkeit auszeichneten, fiel den Sozialisten durch einen Zufall das große, aber durchaus unverdiente Glück in den Schoß, daß die Handelsbilanz infolge der gesteigerten landwirtschaftlichen Ausfuhr nach Deutschland und den Oststaaten, ferner einer Steigerung der Preise für dänische Landesprodukte um zwanzig bis vierzig Prozent, aktiv wurde, oder sich zumindest ausglich. Dadurch fiel die hauptsächlichste Ursache des Rückgangs der Währung, die starke, durch die Importe hervorgerufene Passivität der Handelsbilanz fort, die Krone behielt ihre Stabilität, das Kabinett gab seine alten Projekte wieder auf und der Wunsch nach einer Garantie des bestehenden Zustandes führt dazu, daß man auf eine Hebung des Kurses endgültig verzichten und die Krone mit 65 Goldöre stabilisieren will, was einem Dollarstand von 5.74 entsprechen würde. Zu diesem Zweck sind drei Maßnahmen in Aussicht genommen: eine gesetzliche Verpflichtung der Nationalbank zur Kursstützung; die Aufnahme eines Valutakredits in Höhe von 40 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten und eine Anleihe des Staates an die Nationalbank in Höhe von 40 Millionen Kronen als Entschädigung für die der Landmandsbank einst gewährte Unterstützung. Diese zweite Anleihe müßte durch eine stärkere Besteuerung des Vermögens und Einkommens in der Weise aufgebracht werden, daß im nächsten Jahre an der Vermögenssteuer 50 und an der Einkommensteuer 25 Prozent mehr zur Erhebung kommen. Die Kosten dieser Regelung trägt wirtschaftlich die Industrie, die ein starkes Bedürfnis nach Schutzzöllen hat. Diese Maßnahmen werden von den Konservativen und Bauern bekämpft. Das politische Hauptinteresse der Regierung besitzt jedoch die Frage der Abrüstung, die so radikal durchgeführt werden soll, daß nach Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und nach Streichung der ohnehin unbedeutenden Heeresausgaben nur eine Polizeitruppe von 7000 Mann bestehen bleiben soll. Von den Sozialisten wird dieser Entwurf Rasmussens prinzipiell, von den Radikalen aus pazifistischen Gründen unterstützt, die Bauern und Konservativen hingegen kritisieren ihn als utopisch und übereilt in der heftigsten Weise. Die Meinungen sind geteilt, aber die Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß im alleräußersten Falle eine Volksabstimmung sich für eine vollständige Abschaffung des Heeres aussprechen würde.

Da die parlamentarische Mehrheit äußerst knapp und Stauning ganz von der Unterstützung der Radikalen abhängig ist, so hat das Kabinett die Aufgabe eines schwierigen Balanceaktes. Und beinahe wäre es in den letzten Wochen ob der Affäre „Marius Wulff“ fast zu Fall gekommen. Wulff war langjähriger Redaktionssekretär im „Socialdemokraten“, dann Korrespondent in Berlin und ist hier allgemein als unzuverlässig und moralisch nicht einwandfrei bekannt. Am 13. November übergab der Sozialminister Borgbjerg seinem ehemaligen Kollegen ein Empfehlungsschreiben an das Auswärtige Amt, damit Wulff mit einer konsularischen Vertretung im Ausland betraut werde. Aber anstatt zu Moltke, ging Wulff auf die Redaktion der rechtsstehenden „Nationaltidende“ und händigte ihr außer allerlei belastendem Material auch dieses Empfehlungsschreiben aus und behauptete, die sozialdemokratische Redaktion hätte während des Krieges Kabeltelegramme aus Neuyork empfangen und an die „Frankfurter Zeitung“ weitergeleitet, welche sie dann einer amtlichen Stelle übergab. Diese Kabeltelegramme hätten geheimes militärisches Material enthalten, während die sozialdemokratische Partei behauptet, es seien nur Handelstelegramme gewesen. Niemand glaubt hier im Ernst daran, daß die dänischen Sozialisten sich zu Spionage mißbrauchen ließen; aber Borgbjerg, der Sozialdemokrat, wird von allen Seiten mißbilligt, weil er einer derart fragwürdigen Person ein Empfehlungsschreiben ausgestellt hat. Nicht der demagogisch gegen eine Partei geschleuderte Spionageverdacht, sondern die große Fahrlässigkeit eines Ministers versetzten ganz Dänemark in Aufregung und jedermann schlug auf den Akkorden Korruption, Amtsmißbrauch und Protektion die ihm passenden Töne an. Zudem schürte das englische Beispiel die Hoffnungen der Konservativen: das erste sozialistische Kabinett Dänemarks verdankt als eine von den Liberalen unterstützte Minderheitsregierung seine Entstehung derselben Konstellation wie das verflossene Kabinett Macdonald, und die Affäre Wulff schien die Handhabe zu bieten, dem bürgerlichen Ärger über das radikale Projekt der Abrüstung, die neuen Steuern und die ziemlich undeutlichen Valutapläne ein Ventil zu öffnen.

Im Folkething wurde von den Konservativen zur Begründung ihrer Interpellation der Abgeordnete Puerschel, im Privatberuf Gerichtsvollzieher, vorgeschoben, der nun den Sozialisten den Prozeß machen sollte. Der Sozialminister Borgbjerg versuchte die Entschuldigung, daß ihm der Charakter Wulffs unbekannt gewesen sei und daß sein Fehler doch nur darin bestehe, daß er ein zu gutes Herz und zu großes Mitgefühl mit seinen Mitmenschen habe. . . Doch die Konservativen und Bauern lassen dies nicht gelten: Borgbjerg habe doch lange mit Wulff zusammengearbeitet und er belaste nur sich selbst, wenn er vorgebe, seinen Charakter nicht zu kennen;

ferner müsse Dänemark im Ausland von lauteren Persönlichkeiten vertreten sein und es sei eine verfehlte, richtiger gesagt, eine revolutionäre Art, die konsularischen Vertretungen durch fragliche Protektionen demokratisieren zu wollen; schließlich habe das sozialdemokratische Blatt selbst zugegeben, daß der Minister den Redakteur nur deshalb empfohlen habe, um die Partei vor Indiskretionen zu schützen. Die Hand Hansens, der seinen Parteiführern sekundiert, spielt nervös mit der Präsidentenglocke und Stauning erklärt sich aus prinziepiellen Gründen mit seinem Minister solidarisch.

Hier liegt der Kern der parlamentarischen Lage. Jede andere Regierung hätte ihren Minister fallen lassen, jeder andere Minister hätte für sich allein seine Demission gegeben, wenn es sich herausstellte, daß er in seiner Amtsführung nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit besitzt; aber Borgbjerg ist der geistige Führer des dänischen Sozialismus und in Dänemark deckt jede Partei die Handlungen ihrer Politiker. Dennoch weiß jedermann, daß das Ministerium fällt, wenn sich die Radikalen gegen den Sozialminister erklären! Eine Ehe mit den Sozialisten ist einer liberalen Partei auf die Dauer noch in keinem Lande gut bekommen und manche glauben zu wissen, daß die Radikalen bei Neuwahlen keineswegs gut abschneiden würden. Ove Rode fand dadurch einen Ausweg, daß er den Sozialminister heftig kritisierte, aber dem Ministerium als solchem dennoch das Vertrauen der Radikalen aussprach, denn das Land dürfe in keine politische Krise gestürzt werden und Neuwahlen gefährdeten die Abrüstung. Ein Blatt fragte witzig, ob der radikale Führer als Retter in hoher Seenot oder als Mörder nahe, den verborgenen Dolch im Gewande? Und als am gleichen Tage Ove Rode sein Geheimnis gelüftet und Stauning den Rettungsring von ihm zugeworfen erhalten hatte, nahm die Diskussion einen spöttischen und scherzhaften Ton an. Da ergriff der Vertreter der deutschen Minderheit, Pastor Schmidt-Wodder, zu einer kurzen, scharf formulierten und ausgezeichneten Rede das Wort und wies nach, daß es ein falscher Parlamentarismus sei, das Land wegen eines Verwaltungsaktes, der zwar nicht scharf genug mißbilligt werden könne, in eine Krise zu stürzen und fand überall allgemeine Zustimmung. Das konservative Mißtrauensvotum wurde mit 73 gegen 71 Stimmen abgelehnt, wobei sich der deutsche Abgeordnete der Stimmabgabe enthielt und — Borgbjerg seine Stimme für sich selbst in die Wagschale warf! Kaum hatte der Präsident das Ergebnis verkündet, als sich die Tribünen leerten und sich die vor Christiansborg angesammelte Menge zerstreute. Der Sturm im Wasserglas ist diesmal noch gut abgelaufen!

Die Demission des Kabinetts Marx angenommen.

Berlin, 16. Dezember. PAT. Reichskanzler Marx überreichte gestern dem Reichspräsidenten Ebert die Demission des Kabinetts, die der Präsident annahm. Bis zur Bildung eines neuen Kabinetts werden die Minister die laufenden Arbeiten erledigen.

In parlamentarischen Kreisen wird als Kandidat für den Kanzlerposten das Mitglied der Deutschen Volkspartei, Geheimrat Kahl, bezeichnet.

Marx erklärte dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse", daß, sofern die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den Parteien nicht zur Bildung einer Rechtskoalition führen sollten, eine große Koalition unter Teilnahme der Sozialdemokraten gebildet werden wird.

Einer Meldung der „Vossischen Zeitung" zufolge erwarten parlamentarische Kreise die Einberufung des Reichstages für den 5. Januar. Nach der Verfassung muß bekanntlich der Reichstag vor dem 7. Januar einberufen werden.

Die Zwangsverwaltung der deutschen Mittelstandskasse in Posen.

Interpellation

des Abg. Graebe von der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgeordneten an den Herrn Ministerpräsidenten, Finanzminister und Agrarminister wegen unberechtigter Aufrechterhaltung der Zwangsverwaltung bei der Deutschen Mittelstandskasse G. m. b. H. in Posen, ul. Jasna 14.

Die Deutsche Mittelstandskasse in Posen ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gesellschafter waren bis zur Revolution:

1. der preußische Fiskus,
2. die Posensche Landesgenossenschaftsbank,
3. die Provinzialgenossenschaftskasse in Posen.

Die Deutsche Mittelstandskasse besteht, abgesehen vom Anteil des Staates, nur aus polnischen Staatsbürgern. Den Anteil des preußischen Staates hat die Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft in Posen durch Vertrag vom 19. September 1919 erworben.

Der polnische Staat stellt sich auf den Standpunkt, daß diese Abtretung des Staatsanteiles an die Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft ungültig sei, da die Rechte des preußischen Staates auf den polnischen Staat übergegangen seien und nicht nach dem Waffenstillstand abgetreten werden konnten.

Die Deutsche Mittelstandskasse ist im November 1919 unter staatliche Zwangsaufsicht gestellt worden. Diese Verwaltung besteht heute noch. Irgendwelche Schritte, um die Rechtslage endgültig zu klären, sind anscheinend vom polnischen Staat nicht unternommen worden. Der polnische Staat hat lediglich, indem er den Anteil der Landwirtschaftlichen Hauptgesellschaft als seinen eigenen in Anspruch nimmt, Klage auf Auflösung der Mittelstandskasse erhoben, ohne die Zwangsverwaltung einzustellen. Nach seiner eigenen Stellungnahme ist die Zwangsverwaltung längst unzulässig geworden, da sich kein liquidierbares Vermögen von deutschen Staatsbürgern in der Mittelstandskasse befindet. Die Frage der Möglichkeit der privatrechtlichen Auflösung hat mit der Frage der Zwangsverwaltung nichts zu tun. Anfragen beim Liquidationsamt sind unbeantwortet geblieben. Ebenso ist für die letzten Geschäftsjahre keine Rechnung gelegt worden. Infolge der Untätigkeit der Gesellschaft wird das Vermögen der Gesellschaft, soweit es in Bargeld und Wertpapieren angelegt ist, immer wertloser. Ein Ende der Zwangsverwaltung ist nicht abzusehen. Die bisherigen Zwangsverwalter haben zum Schaden der Gesellschaft Wertpapiere der Gesellschaft und Mobiliar, z. B. Schreibmaschinen veräußert. Rechtlich kann kein Zweifel bestehen, daß die Zwangsverwaltung unzulässig ist und längst hätte aufgehoben werden müssen.

Der Staat hat inzwischen auf Auflösung der Gesellschaft geklagt, da die Erfüllung des Gesellschaftszweckes unmöglich geworden sei. Der Prozeß hat jedoch lange Zeit geruht und ist auch heute nicht entschieden.

Wir fragen die Regierung an:

1. Ist dieselbe mit dieser Verschleppung der Angelegenheit und der Aufrechterhaltung der Zwangsverwaltung einverstanden?
2. Was gedenkt sie gegen die ungesetzlichen Maßnahmen des Zwangsverwalters zu tun?
3. In welcher Weise werden die Geschädigten für die inzwischen eingetretenen schweren Verluste entschädigt werden?

Warschau, den 9. Dezember 1924.

Die Interpellanten.

Amerika und die Schuldenfrage.

Die Ansprüche aus dem Dawes-Plan.

London, 15. Dezember. (W. T. B.) „Daily Telegraph" berichtet aus Neuyork, daß alle Zweifel bezüglich der Haltung Coolidges in der Frage der Kriegsschulden und der amerikanischen Kriegsansprüche gegenüber Deutschland durch amtliche Mitteilungen des Weißen Hauses behoben wurden, die zum Ausdruck brachten, daß die amerikanische Regierung beabsichtige, nachdrücklich den Standpunkt aufrechtzuerhalten, daß die Vereinigten Staaten auf Ansprüche gegenüber Deutschland aus dem Dawes-Plan ein Anrecht haben, und daß die Regierung keinerlei Änderung in ihrer Politik bezüglich der auswärtigen Schulden plane, trotz der vermehrten Agitation in England.

„Daily Mail" erinnert daran, daß heute eine Ratenzahlung der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten von insgesamt 91 500 000 Dollar fällig ist.

„Daily Mail" berichtet aus Washington, Coolidge habe nicht die geringste Absicht, Amerika an einer Schuldenkonferenz teilnehmen zu lassen.

Amerika als Weltbankier.

Washington, 15. Dezember. In den Kreisen der Wallstreet schätzt man die Gesamthöhe der von den amerikanischen Bankiers an ausländische Regierungen und an die ausländischen Industrien im Laufe des Jahres 1924 gegebenen Kredite auf über eine Milliarde Dollar. Man erklärt in amerikanischen Finanzkreisen, daß es dem amerikanischen Markt leicht gefallen sei, eine derart bedeutende Summe an Krediten nach dem Auslande zu geben. Für die Rückzahlung der europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten im Verlaufe der nächsten Jahre glaubt man eine weitere Erleichterung für die Kredithergabe zu erzielen. Man weist darauf hin, daß sich die Lage der Vereinigten Staaten gegenüber Europa seit 1914 in ihr Gegenteil verkehrt hat. Im Jahre 1914 schuldeten die Vereinigten Staaten Europa eine Gesamtsumme von vier Milliarden Dollar. Augenblicklich schuldet dagegen Europa den Vereinigten Staaten rund vier Milliarden, wobei die Schuldenforderungen der amerikanischen an die europäischen Regierungen nicht eingerechnet sind.

*

Amerikanische Stimme zur Ernennung des neuen deutschen Botschafters.

Neuyork, 15. Dezember. WTB. (Durch Funkspruch.) „New York Times" bezeichnet die Ernennung des Staatssekretärs Frhrn. v. Maltzan zum Botschafter in Washington als eine Ehrung, die Deutschland diesem als einem der hervorragendsten Diplomaten seines Landes erweise. Auf Grund seiner Kenntnisse der west-europäischen Probleme und seiner Vertrautheit mit der englischen Sprache werde der neue Botschafter für Amerika ein nützlicher Interpret der deutschen Verhältnisse und für Deutschland ein ebensolcher der amerikanischen Stimmung sein. Die schwierige Aufgabe der Neubelebung der alten freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern werde durch das offene und freundliche Wesen des Freiherrn von Maltzan sehr erleichtert werden. Es sei zu hoffen, daß er aus den Irrtümern seiner Vorgänger auf dem Botschafterposten seine Lehre ziehen und die Ansichten der Deutsch-Amerikaner nicht für diejenigen der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes halten werde.

Wieder ein Kontumazialurteil gegen einen deutschen Offizier.

Paris, 15. Dezember. Wie dem „Petit Journal" aus Metz berichtet wird, hat vorgestern ein Kriegsgericht wiederum einen deutschen Offizier in Abwesenheit verurteilt. Es ist der deutsche Oberst von Gemmingen. Dieser wird beschuldigt, daß er als Platzkommandant in Montmedy im September 1914 einen Zivilisten habe erschießen lassen, ohne vorheriges kriegsgerichtliches Verfahren. v. Gemmingen wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Das Seltsame an dem Urteil sei, daß das Kriegsgericht selbst erklärt habe, es sei nicht möglich, das Opfer zu identifizieren, das abends im Hofe der Kommandantur erschossen wurde.

Sinowjews Direktiven für die deutsche Kommunistenpartei.

OE. Moskau, 14. Dezember. Die beiden großen Moskauer Blätter, die „Iswestija" und die „Prawda", veröffentlichen einen Brief Sinowjews an die deutschen Kommunisten. Sinowjew ist mit dem Verhalten der K. P. D. in letzter Zeit zufrieden: die „Rechtsneigungen" seien überwunden, die Partei stehe geschlossener da denn je, die Fehler, die begangen worden seien, hätten ihre Korrektur gefunden. Die Hauptaufgabe laute jetzt: „Hinein in die Gewerkschaften und dort Kampf für den Kommunismus!" Der Pyrrhussieg der Bourgeoisie und der mit ihr gehenden Sozialdemokratie bei den Wahlen könne die Partei nicht entmutigen.

Mit einem: „Zum Teufel mit allen Zwiespaltstiftern! Die Ärmel aufgekrempelt und an die Arbeit!" schließt der Brief.

In den „Iswestija" bringt Steklow unter der Aufschrift „Sieg!" einen Leitartikel, der die deutschen Wahlen „angesichts der schwierigen Umstände" immer noch als einen Triumph der K. P. D. bezeichnet.

Republik Polen.

Die Kucharski-Affäre vor dem Sejm.

Warschau, 16. Dezember. PAT. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Sejm steht u. a. der Bericht der speziellen Kommission, der die Prüfung der bekannten Kucharski-Affäre oblag. Die Kommission hatte vor kurzem beschlossen, den ehemaligen Minister für Industrie und Handel, Kucharski, durch das Staatstribunal zur verfassungsmäßigen Verantwortung ziehen zu lassen. Als Referent tritt der Abg. Moraczewski (P. P. S.) auf.

Die Einnahmen aus Steuern und Monopolen.

Warschau, 15. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nach den vorläufigen Zusammenstellungen des Finanzministeriums betragen die Einnahmen aus allgemeinen Abgaben und Monopolen im Monat November insgesamt 137,5 Millionen zł. Diese Summe überschreitet die präliminierte um 12,3 Millionen zł.

Die Zahl der Rechtsanwälte in Polen.

In einem Bericht der „Rzeczpospolita" über den Lemberger Kongreß des Verbandes polnischer Rechtsanwälte ist über den Stand der Advokatur in Polen folgendes zu lesen: „Im Posenschen beträgt die Zahl der Advokaten 140, wovon auf Posen 70 entfallen. Notariate sind 20 vorhanden. Die geringe Zahl der Rechtsanwälte ist eine Folge der hohen Stufe der dortigen Bevölkerung. Im ehem. russischen Teilgebiet haben wir 989 Rechtsanwälte. Neben ihnen bestehen sogenannte Gerichtsverteidiger und Verteidiger bei Friedensgerichten in der Zahl von 800. In Kleinpolen beträgt die Zahl der Advokaten 2217. Davon entfallen auf den Lemberger Bezirk 1082, auf Lemberg allein 528, den Krakauer Bezirk 692, Krakau allein 283, den Bezirk Przemysl-Sanok 196, den Bezirk Sambor-Stryj 247. Hinsichtlich der Nationalität sind im Lemberger Bezirk 60 Prozent Juden, 25 Prozent Ruthenen und 15 Prozent Polen, im Bezirk Przemysl-Sanok 70 Prozent Juden, 20 Prozent Polen und 10 Prozent Ruthenen. Unter den Applikanten ist der Prozentsatz der Ruthenen und Juden höher, dagegen der der Polen weit niedriger, was ein Beweis für die Tendenz völligen Schwundes der polnischen Advokatur ist."

Aus anderen Ländern.

Macdonald.

London, 16. Dezember. PAT. Wie die Telegraphen-Companie mitteilt, beabsichtigt Macdonald von der Leitung der Arbeitspartei zurückzutreten. Als sein Nachfolger werden Henderson sowie der ehemalige Gesundheitsminister Whitley genannt.

Eine kommunistische Manifestation in Paris.

Paris, 15. Dezember. PAT. Auf dem Gebäude der Russischen Gesandtschaft wurde heute die offizielle rote sowjetistische Flagge gehißt. Bei dieser Gelegenheit hielt der russische Gesandte Krassin eine Ansprache, worauf die Anwesenden die Internationale sangen. Im Anschluß hieran fand vor der Russischen Gesandtschaft eine kommunistische Manifestation statt. Etliche Blätter betonen, daß diese Manifestation durchaus nicht am Platze gewesen sei. „L'Oeuvre" bezeichnet das Verhalten Krassins als sehr ungeschickt und meint, daß dieses auf die künftigen französisch-russischen Verhandlungen ungünstig einwirken könnte.

Keine neuen Enteignungen in Lettland.

OE. Riga, 14. Dezember. Wie der Ost-Expreß von zuständiger lettischer Seite erfährt, wird die in deutsch-baltischen Kreisen neuerdings entstandene Besorgnis wegen drohender weiterer Enteignungen, der u. a. ein Artikel des Führers der deutschen Fraktion Schiemann in der „Rigaschen Rundschau" Ausdruck gegeben hat, in maßgebenden lettischen Kreisen mit Bestimmtheit als unbegründet bezeichnet. Wenn auch vielleicht einzelne politische Gruppen Bestrebungen in dieser Richtung betätigen mögen, so ständen doch Enteignungen irgendwelcher Art nicht bevor.

Auflösung der kommunistischen Parteien in Jugoslawien.

Belgrad, 15. Dezember. PAT. Auf Grund der bestehenden Gesetze faßte die Regierung den Beschluß, im ganzen Königreich die kommunistischen Parteien, die sich gegenwärtig unter der Bezeichnung Unabhängige Arbeiterpartei gruppieren, aufzulösen. Gemäß diesem Beschluß hat der Außenminister eine Revision im Bureau der Arbeiterpartei angeordnet.

Das Gericht in Labischin gegen den Kreisschulinspektor von Schubin.

Wie erinnerlich, hatte der Kreisschulinspektor Fabianowski in Schubin durch Anwendung von Schulstrafen die deutschen Eltern von Nowe Smolno zwingen wollen, ihre Kinder, die sie in anderen Ortschaften zu landwirtschaftlichen Arbeiten vermietet oder zu Verwandten in Pflege gegeben hatten, in die polnische Schule in Nowe Smolno zu schicken. Auf direkte Anordnung des Kreisschulinspektors hatte der polnische Lehrer in Nowe Smolno die Kinder zu Schulstrafen anschreiben müssen, obwohl die Kinder ordnungsgemäß in Nowe Smolno abgemeldet worden waren. Ferner hatte der Kreisschulinspektor den deutschen Lehrern seines Aufsichtsbezirks verboten, die Kinder aus Nowe Smolne aufzunehmen, so daß die Eltern gezwungen waren, die Kinder aus ihren Dienststellen fortzunehmen und in andere politische Kreise zu geben. Diese Vorgänge haben bekanntlich eine Interpellation des Abgeordneten Graebe und Genossen an den Kultusminister gezeitigt. Außerdem hatten die Eltern gegen die verhängte Schulstrafe gerichtliche Entscheidung beantragt. Die Verhandlung fand am Sonnabend vor dem Amtsgericht (Sąd powiatowy) in Labischin statt. Der als Zeuge geladene polnische Lehrer aus Nowe Smolno sagte aus, daß die Eltern ihre Kinder ordnungsgemäß abgemeldet hätten; aus dem Zeugnis der in Frage kommenden deutschen Lehrer bzw. aus amtlichen schriftlichen Bescheinigungen der betreffenden deutschen Schulen ging hervor, daß die Dienstherren und Pflegeverantwortlichen die Kinder ordnungsgemäß in den Schulen ihrer Ortschaften angemeldet hatten, so daß eine Unterbrechung des Unterrichts nicht erfolgte. Der Gerichtsvorsitzende brachte zum Ausdruck, daß der polnische Lehrer eine Notierung zu Schulstrafen hätte unterlassen müssen, da er um die ordnungsgemäße Abmeldung aus seiner Schule und die ordnungsgemäße Aufnahme in einer anderen Schule gewußt habe; es läge eine Verletzung seiner Befugnisse vor. Der Lehrer konnte aber an Hand zweier Verfügungen des Kreisschulinspektors nachweisen, daß dieser zu der Maßnahme den Befehl gegeben hatte, obwohl er vom Lehrer von der wahren Sachlage Mitteilung erhalten hatte. Der Staatsanwalt beantragte in den drei zur Verhandlung stehenden Fällen (Pijan, Uthke und Schallert) Freisprechung und Tragung der Kosten durch die Staatskasse. Das Urteil des Gerichtshofes folgte diesem Antrage. Ein Fall (Renz) wurde vertagt, weil der Hauptzeuge nicht rechtzeitig erschienen war.

Das Gericht hat geurteilt, wie es nach der ganzen Sachlage erwartet werden mußte. Verwunderlich ist nur, daß der Kreisschulinspektor an seine Lehrer Anordnungen gab, die derart im Widerspruch mit dem geltenden Recht stehen, so daß es auch vor Gericht erstaunlich schien. Es bleibt abzuwarten, wie sich die vorgesetzte Behörde diesem Beamten gegenüber verhalten wird, der unnötige Unruhe in der Bevölkerung heraufbeschwor und der Staatskasse unnötige Kosten verursachte. Er hätte nach der klaren Sachlage wirklich beurteilen können, daß beides zu vermeiden war. Die schon verhängten Schulstrafen für den Monat November werden nun hoffentlich vom Distriktskommissar niedergeschlagen. Ob der Kreisschulinspektor seinen Befehl an die Lehrer weiter aufrecht erhalten wird? Und ob der Kultusminister die Schule in Nowe Smolno, die in der Interpellation des Abgeordneten Graebe als überflüssig bezeichnet ist, dem Kreisschulinspektor zu Liebe weiter aufrecht erhalten wird?

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 291.

Bromberg, Mittwoch den 17. Dezember 1924.

Pommerellen.

16. Dezember.

Verkehrsverbesserungen in Pommerellen.

Die Staatsbahndirektion in Danzig hatte zu einer Besprechung des neuen Fahrplanes die Vertreter der Behörden und Wirtschaftskreise Pommerellens nach Bromberg eingeladen. Eine Reihe von Beschlüssen wird neben wirtschaftlichen auch kulturellen (Schul- und Theaterbesuch) Bedürfnissen der pommerellischen Bevölkerung mehr als bisher Rechnung tragen. Besondere Berücksichtigung haben die Städte des Culmer Landes erfahren. In Thorn sollen alle Züge, statt von dem entlegenen Hauptbahnhof aus, von Mocker über den Stadtbahnhof ihren Anfang nehmen. Die Kreise Löbau, Strasburg und Briesen werden mit der Wojewodschaftsstadt eine erheblich bessere Verbindung erhalten. Auch die Schulzüge von Schönsee und Gollub werden zu günstigeren Zeiten verkehren. Selbst von dem entlegenen Neumark wird es möglich sein, an einem Tage die Provinzhauptstadt aufzusuchen und heimzukehren.

Graudenz (Grudziądz).

A **Die Eisverhältnisse auf der Weichsel** zeigen keine wesentliche Veränderung. Die Eisschollen treiben in derselben Dichte, nur sind sie etwas größer. Beim Anprall gegen die Überreste der Kriegsbrücke zertrümmern viele und deutlich hört man das Knirschen beim Anstoßen an die eisernen Platten. Auf verschiedenen Punkten, wo sehr seichte Stellen im Strom waren, ist das Eis hängen geblieben, auch zwischen den Buhnen steht es. Auf den Lachen ist die Eisdecke bereits so fest, daß Knaben schon mit Schlittschuhlaufen begonnen haben. Am Sonnabend versuchte der Dampfer „Staszyk" seine Reise stromaufwärts fortzusetzen. Er mußte zurückkehren und liegt nun auch im Hafen. Im Hafeneingang liegt auch der Dampfer „Lubiecki" aus Thorn. Durch seine Seitenräder und Seitenaufbauten hat er eine so beträchtliche Breite, daß er fast ganz die Einfahrt versperrt. Es ist für die Schiffahrt die Winterruhe eingetreten, und es wird bereits mit den Arbeiten begonnen, welche während der Winterruhe vorgenommen werden. *

A. **Weichselfischerei.** Der starke Eisgang behindert die Weichselfischerei ganz bedeutend. Gerade in der letzten Zeit war sie einigermaßen lohnend. Es wurden von einzelnen Fischern besonders Edelfische gefangen. In den letzten Wochen konnte man auf den hiesigen Wochenmärkten Weichsellachs und Zander zu annehmbaren Preisen kaufen. Allerdings waren es hauptsächlich kleinere Lachse, die für die Räuchereien nicht verwendbar sind. Der Lachs kommt in letzter Zeit hier häufiger vor. Man konnte das Pfund bereits mit 2—2.50 kaufen. Vor dem Kriege war der Lachs recht selten in der Weichsel. Damals kauften die Fischräuchereien in Danzig jeden Lachs und zahlten für das Pfund 3.50 M. Es gab damals aber mehr Stör. Noch vor drei Jahrzehnten wurden die meisten gefangenen Störe an Ort und Stelle durch die Fischer verwertet. Die Fische wurden zerlegt und das Fleisch pfundweise mit 30 Pfg. verkauft. Gewöhnlich wurde es wie Karbonade gebraten. Aus dem Rogen machten die Fischer einen sehr schmackhaften Kaviar, der mit 2.50 M. verkauft wurde. Später wurden dann den Fischern von den Fischhandlungen in Danzig sehr gute Angebote gemacht, und es wurde dann jeder gefangene Stör dorthin geliefert. Die Fischer hatten keine Umstände und erzielten einen wesentlich höheren Preis. In den letzten Jahren hat man von dem Fang von Lachs hier wenig oder gar nichts gehört. Dem Anschein nach fehlt es den Fischern auch an dem richtigen Zeug zum Fang dieser Fische. Dafür wurden aber in den letzten Jahren reichlich Neunaugen gefangen. Besonders die Fischer in Sackrau und bei Neuenburg erzielten oftmals recht gute Fänge. Die Delikateßgeschäfte aber auch Privatleute marinieren die Neunaugen. Besonders in der Fastenzeit finden sie reichlich Abnehmer. In den letzten Wochen wurden hier und da auch bereits Neunaugen gefangen, allerdings vereinzelt und der Preis war dementsprechend hoch. Man zahlte für einen marinierten Fisch einen Zloty. Früher wurden die meisten Neunaugen bei Mewe gefangen. Dort hatte sich eine richtige Industrie mit Marinieren und Versand dieses Fisches entwickelt. Obgleich die Fischpreise auf den Märkten recht hoch sind, klagen die Fischer über Unrentabilität des Fischereigewerbes. Die Preise für Netze und andere für die Fischerei nötigen Werkzeuge und Geräte sollen so hoch sein, daß die Einnahmen kaum ausreichen. Allerdings hat in den letzten Jahrzehnten der Absatz der Fische andere Formen angenommen. Während früher Fischer und Seebesitzer auf den Wochenmärkten ihre Waren selbst zum Kauf anboten, ist dieses heute nur noch ganz vereinzelt der Fall. Es ist hier eine Anzahl Fischhändler, an die die Fischer ihre Beute zu einem Durchschnittspreise abgeben, worauf der Verkauf an das Publikum erfolgt. Natürlich mußte dadurch eine Verteuerung der Fische erfolgen, denn die verschiedenen Steuern (Patent, Umsatzsteuer usw.) sowie der Händlergewinn müssen auf den Verkaufspreis geschlagen werden. Die Fischnahrung ist daher recht teuer und gilt als Leckerbissen. Es werden viele Fische nach außerhalb verschickt. *

* **Das abgebrannte Stadttheater** soll möglichst schon zum 1. Februar seiner Bestimmung wieder zugeführt werden. Die Bemühungen des Bauausschusses um das Heranschaffen von privaten Baumitteln sind erfolglos geblieben. Der Magistrat hat daher beschlossen, den Theaterbau aus eigenen Mitteln zu Ende zu führen. *

Thorn (Toruń).

‡ **Von der Weichsel.** Mit Eintritt des Frostes und Eisgangs ist der Wasserstand der Weichsel außerordentlich schnell zurückgegangen. Der Wasserspiegel ist zurzeit so niedrig, wie wir ihn seit Jahren nicht gehabt hatten. Während der Pegel am Sonnabend noch einen Stand von 0,02 Meter über Normal anzeigte, wies er Sonntag früh 0,12 Meter und Montag früh gar 0,28 Meter unter Normal. Das Eistreiben, das am Sonntag noch ziemlich stark war, hat sehr nachgelassen. Montag vormittag trieben nur in der am rechten Ufer liegenden Stromrinne dünne Grundeisschollen, während der größte Teil des Stromes fast gänzlich eisfrei war. Mitten im Strombett haben sich Schollen auf den nunmehr zutage getretenen Sandbänken abgelagert und mehr oder weniger große Eisstauungen hervorgerufen. Größere Eismengen haben sich auch an den weit in den Strom hineinragenden Buhnen dicht oberhalb der Einfahrt zum Winterhafen angesammelt. Die Straßenjugend hat dies natürlich sofort bemerkt und tummelt sich hier nach Herzenslust, ohne sich bewußt zu sein, daß hier der Tod auf Ernte lauert. **

♁ **Die Deutsche Bühne Thorn** spielte am Mittwoch vergangener Woche zum zweiten Male „Robert und Bertram" und am Sonntag nachmittag als Volks- und Fremdenvorstellung „Die Logenbrüder". Hierzu hatte sich eine große Anzahl Zuschauer aus den benachbarten Orten, besonders aus Culmsee, eingefunden. Der gezollte Beifall war so herzlich und lebhaft, daß die Darsteller sich nach jedem Aktschluß mehrmals zeigen mußten. Hoffentlich behält die Bühnenleitung die Einrichtung der Sonntag-Nachmittagsvorstellungen zu ermäßigten Preisen bei, sie wird sich damit viele Freunde in den Nachbarstädten schaffen. — Vermißt wurde das Auftreten der Orchesterabteilung. Wie wir hörten, kann sie wegen Mangels eines ersten Geigers nicht mehr vor die Öffentlichkeit treten. Es wäre sehr zu bedauern, wenn sie nun ganz eingehen sollte. Wie ist es eigentlich möglich, da doch in dem 16 Kopf starken Graudenzer Bühnenorchester allein acht Geiger sitzen, daß sich in Thorn nicht ein einziger Herr findet, der als Violinist so viel Idealismus und Musikfreudigkeit besitzt, um die beliebte Kapelle vor dem Untergang zu retten? **

‡ **Ein Zeichen der Zeit.** Das für den Abend des letzten Sonntags angekündigte Konzert des bekannten Posener Männerchors „Echo", der im großen Artushofsaale auftreten sollte, mußte ausfallen. Es hatten sich etwa 50 Zuhörer eingefunden, so daß im Saale eine gähnende Leere herrschte. Den Erschienenen wurden die Eintrittsgelder zurückerstattet. — Zu dem um 1/21 Uhr im Stadttheater stattgefundenen „Symphonischen Morgenkonzert" der hiesigen Ortsgruppe des Polnischen Berufsmusikerverbandes waren etwa 150 Personen erschienen! Das 35 Mann starke Orchester eröffnete das Konzert durch die bekannte Polonaise A-dur von Chopin. Den zweiten Teil des Programms eröffnete der blinde Geigenkünstler Bielajew durch das schwierige Violinkonzert H-moll von Saint-Saëns, nach dem der Beifall kaum mehr verstummen wollte. Die Orchestervorträge krankten anscheinend an zu wenig Proben, so daß viele Feinheiten vollkommen verschwanden. Der größte Fehler war aber das zu laute Spiel, so daß dynamische Schattierungen überhaupt nicht herausgeholt werden konnten. Der matte Besuch auch dieses Konzerts ist auf den Geldmangel zurückzuführen, der selbst die sonst so große Vergnügungssucht zu lähmen imstande ist; ein Zeichen der Zeit. **

* **Berent** (Kościerzyna), 14. Dezember. Zwischen Putz und der Feldmark Berent befinden sich in geringer Tiefe in der Erde (ca. 1 Meter) ausgedehnte Steinlager, an deren Ausbeutung die Kreisverwaltung jetzt herangeht, um der Arbeiterbevölkerung lohnenden Verdienst zu verschaffen, aber auch, um selbst Einnahmen zu erzielen. Die Steine, besonders für Straßenbau sehr gesucht, finden reichen Absatz. — Auf dem letzten Kreistage wurde es abgelehnt, die Unterhaltskosten für die Landbriefträger zu übernehmen. Die Postdirektion hatte nämlich gefordert, daß der Kreis die Landbriefträger, die zur Geldbestellung noch notwendig sind, selbst besolden soll. Die Postverwaltung beabsichtigt ferner, auf dem Lande nur alle zwei Tage die Postsachen zu bestellen; auch hiergegen wurde Stellung genommen. Der Kreistag beschloß weiter, hierorts ein kassubisches Museum zu erbauen. Mit dem Legen der Fundamente ist bereits begonnen. Im Juni kommenden Jahres soll das fertiggestellte Gebäude seiner Bestimmung übergeben werden.

* **Dirschau** (Tczew), 15. Dezember. Zu dem Unglücksfall des 18jährigen Schlosserlehrlings Tulipan ist noch zu berichten, daß die ärztliche Untersuchung ergeben hat, daß der junge Mensch wahrscheinlich in einem Anfalle geistiger Umnachtung, wahrscheinlich infolge Mondsüchtigkeit, das Dach betreten hat und von hier herabgestürzt ist, wobei er tödliche Verletzungen davontrug. Die Absicht eines Diebstahls hat nicht vorgelegen.

* **Strasburg** (Brodnica), 15. Dezember. Über einen kürzlich verübten Geldraub auf dem Postamt wird berichtet, daß sechs Kisten mit über 100 000 zł eingetroffen waren, um zu Auszahlungszwecken nach Neumark befördert zu werden. Sie konnten aber nicht sofort weitergesandt werden, sondern mußten bis zum nächsten Tage dort lagern. In der Nacht, zwischen 3 und 4 Uhr, als der Beamte zum Zuge gegangen war, wurde nun die größte Kiste mit 50 800 zł im Gewicht von 96 Pfund gestohlen. Dreizehn Geldsäcke mit 800 zł Kleingeld wurden unter Steinen versteckt, auf dem Hofe des Alten Schulplatzes gefunden. Die Hauptsumme von 50 000 zł jedoch ist bisher nicht herbeigeschafft. Dafür hat sich aber die zerschlagene Geldkiste gefunden. Die Postdirektion hat 5 vom Hundert der wiederbeschafften Summe als Belohnung zugesagt. Von vier s. Z. festgenommenen Beamten sind drei wieder auf freiem Fuße.

et **Tuchel** (Tuchola), 14. Dezember. Das Papierwarengeschäft von F. Deja hier ist von einem Schwindler geneppt worden. Ein gut gekleideter Herr mit gewandten Umgangsformen, im ungefähren Alter von 30—35 Jahren, stellte sich dem Geschäftsinhaber als der jetzige erste Lehrer in Kelpin vor. Er komme aus Posen und löse den Hauptlehrer Wroblewski in Kelpin, der in Ruhe gehe, ab. Der angebliche Lehrer ließ sich Schulhefte und andere Schulartikel im Gesamtwerte von 130 Zloty einpacken, und gab noch einen Gang zum Schulinspektor Gorny vor; er werde dann zurückkommen, die Ware abnehmen und bezahlen. Nach Umschau im Geschäftslokal bestimmte der Gauner noch, eine Laterne zu den bereits bestellten Waren zuzustellen, und da er eine Aktentasche „gleich" und einen Spazierstock „sowieso" benötige, erhielt er die beiden Gegenstände zur sofortigen Benutzung. Beim Weggange, in offener Tür, erbat sich der Fremde 4 Zloty Kleingeld, und D. händigte ihm, da nicht passendes Geld zur Hand war, eine Zehnzlotynote ein. Mit einstweiligem Dank und der Bitte um Fertigstellung der Rechnung entfernte sich der Schwindler. Als Stunden vergingen und der Fremde nicht wiederkam, schöpfte Deja Verdacht; die Erkundigung beim Schulinspektor Gorny ergab, daß er, Deja, einem Schwindler ins Netz gegangen sei. Nachforschungen nach dem Gauner blieben bisher ohne Erfolg. — Die Oberförsterei Taubenfließ (Gołąbek) hielt einen Holztermin in der hiesigen Schloßbrauerei ab. Kauflustige waren in großer Zahl zur Stelle. Die Taxe für Brennholz war gegen den Vortermin überraschender Weise um etwa die Hälfte niedriger, und zwar wurden für einen Raummeter Kiefernkloben 5,75 zł und für die gleiche Menge Kiefernrundholz 4 zł ge-

fordert. Da die anwesenden Holzhändler gleich bei Beginn des Verkaufstermins mitbieten durften, wurden die Preise gesteigert: ein Raummeter Kloben kam auf 7—8 zł, Kiefernrundholz auf 4,50—5 zł.

et Tuchel (Tuchola), 12. Dezember. Um den jetzt schwer bedrängten Landwirten entgegenzukommen, kam der Mühlenbesitzer Zwicki in Rudamühl bei Tuchel zu dem freiwilligen Entschluß, den Mahl- und Schrotlohn für einen Zentner Korn um je 5 Pfund zu ermäßigen, so daß statt des bisherigen Abzuges von 17 bzw. 12 Pfund nur 12 bzw. 7 Pfund je Zentner Getreide gekürzt werden. — Das hiesige Alters- und Siechenheim mit zurzeit 10 Insassen, dem Graue Schwestern vorstehen, wird zum 1. Januar 1925 aufgelöst, und die alten Leutchen kommen anderweit in Pflege. Das dem Altersheim dienende Gebäude, das „Caspari-Liskau-Haus", ist ein Vermächtnis an den Kreis seitens des unlängst verstorbenen Rittergutsbesitzers Caspari aus Liskau. Die Räume werden jetzt für die Kreisausschußbeamten zu Dienstwohnungen hergerichtet.

Warum in Polen die Eisenbahntarife so hoch sind.

Wir lesen im „Journal de Pologne" Nr. 274 vom 14. Dezember: Wenn wir einen Vergleich zwischen den russischen Eisenbahnen vor dem Kriege und den polnischen Eisenbahnen ziehen, so sehen wir, daß das Budget der letzteren 35 Prozent des Gesamtbudgets erreicht, während das russische Eisenbahnbudget nur 19 Prozent des Gesamtetats ausmachte. Wenn wir das Budget aller Privatbahnen hinzufügen (im Jahre 1906 betrug die Länge der im Staatsbesitz befindlichen Eisenbahnen 41 056 Werst, diejenige der Privatbahnen 19 410 Werst), so erhalten wir 25 Prozent. Die allgemeine Erhöhung der Gehälter nach dem Kriege hat alle Posten des Budgets durchbrochen. Daraus folgt, daß das Verhältnis zwischen dem Eisenbahnbudget und dem Generalbudget nicht hätte verändert zu werden brauchen. Wenn es trotzdem geschehen ist, so liegt das an anderen Ursachen.

Das Vorhandensein eines übergroßen Personalbestandes, der die Arbeit trotzdem nicht genügend erfüllte, ist die Hauptursache. Während des großen Krieges ist der Effektivbestand des Personals in allen Ländern erheblich gewachsen. Diese Zunahme hat ihren Kulminationspunkt in den Jahren 1918/21 erreicht. Nachdem jedoch der Krieg zu Ende war, wurde die normale Arbeit wie vor dem Kriege in allen Ländern sehr rasch wieder aufgenommen, und der Personaletat entsprach den Bedürfnissen der Zeit. Nur Polen allein hat bis jetzt dieses schwere Problem nicht zu lösen vermocht. In seinem Buche „Das Budgetgleichgewicht" zeigt Prof. Dr. Czuma die unangenehmen Konsequenzen, die sich aus der Beschäftigung einer zu großen Zahl unnötiger Beamter ergeben. Man fragt sich in der Tat, woher diese unzähligen Massen der Eisenbahner kommen, die sich in Polen befinden. Es ist bekannt, daß man in dem Zeitpunkt, wo der polnische Staat wieder auflebte, Massen von Eisenbahnern aus den verschiedensten Gegenden von Polen annahm. Man kümmerte sich nicht um das Alter, noch um die Nationalität, noch um die Fähigkeiten der Beamten. Eine große Zahl derselben hätte pensioniert werden müssen. Aber das Fehlen eines Pensionsgesetzes bildete dabei ein ernstes Hindernis. Anstatt die Summen, die der Unterhalt des Beamtenheeres verlangte, auf den Finanzminister abzuwälzen, der sich hätte mit dem betreffenden Beamten abfinden müssen, entfiel die ganze Last des Unterhalts auf den Eisenbahnminister, und dieser sieht sich deshalb bei seinem Plane zur Reduzierung des Personals stark behindert.

Dieser Irrtum der ersten Regierung der polnischen Republik und die Forderungen der Berufssyndikate verhindern es, die Frage der Überzahl der Eisenbahnbeamten zu lösen. In seinem Bericht an den Sejm über das Budget des Ministeriums für das Jahr 1922 stellt der Abg. Moraczewski (P. P. S.) fest, daß das Personal zu groß ist, und er erteilt den Rat, die Frage dadurch mit einem Schlage zu lösen, daß man formell verbietet, neue Beamte einzustellen, daß man bestimmt, daß die Überzahl der Beamten in die Direktionen der neuen im Bau begriffenen Eisenbahnen übernommen wird.

Was geschieht in Wirklichkeit? Anstatt daß die Zahl der Eisenbahner abnimmt, steigt sie progressiv weiter. Am 1. März 1922 betrug die Zahl der Eisenbahner ohne die Eisenbahndirektion in Kattowitz 165 340. Am 1. September 1924 hat sich die Zahl auf 216 487 erhöht. Es sind seinerzeit verschiedene Untersuchungen über das Personalminimum angestellt worden, das absolut notwendig sei, und man hat einen Koeffizienten (Waggonkilometer, Lokomotivkilometer usw.) festgesetzt. Ein Vergleich mit den anderen Ländern hat nun gezeigt, daß die Zahl der Eisenbahner in Polen zu groß ist. Es sind dies hauptsächlich die Eisenbahnen des früheren Kongreßpolens und Galiziens, welche eine sehr große Zahl von Beamten besitzen. Der Eisenbahnminister hat nachgewiesen, daß im Jahre 1924: 13,23 Eisenbahner auf den Kilometer Eisenbahn entfielen. Für 1925 beträgt diese Ziffer 13, worunter 10,5 Personen definitiv angestellt sind.

Was sehen wir dagegen auf den Eisenbahnen im Auslande? Die französischen Eisenbahnen beschäftigen 7 Angestellte pro Kilometer, die schwedischen Eisenbahnen 5,56, die amerikanischen 5, die deutschen Eisenbahnen vor dem Kriege 6—8. Auf Grund einer anderen mathematischen Methode wurde festgestellt, daß im Gegensatz zu den französischen Bahnen die polnischen Eisenbahnen einen Überetat von Arbeitern in Höhe von 30 Prozent haben. Es gibt außerdem ganze Gruppen von Arbeitern, deren Zahl sich bis 10 000 hebt, (die Docks in Danzig, die Werkstätten in Kattowitz und Danzig, die Warschauer Gesellschaft der Lokomotivführer, die Hütte „Lofag" in Wien usw.), die sich mit der Reparatur von Material beschäftigen, die also auch für den Betrieb arbeiten. Wenn man sich auch vergegenwärtigt, daß der schlechte Stand einzelner Strecken, die mangelhaften technischen Werkzeuge, die das gute Funktionieren des Betriebes sichern sollen, das zeitweilige Anwachsen des Personals notwendig machen, so muß man doch sagen, daß ungefähr 50 000 Angestellte überzählig sind. Nimmt man das mittlere Gehalt eines Eisenbahners mit 250 zł pro Monat an, was 3000 zł pro Jahr macht, so würde die jährliche Ersparnis im Budget 150 Millionen zł betragen. Bei einer so beträchtlichen Summe kann man sich leicht vorstellen, welchen Gewinn der Staat daraus für den Wiederaufbau des Landes ziehen könnte.

*

Wir können diese kritischen Ausführungen des französischen Blattes in Warschau nicht auf unsere eigene Verantwortung übernehmen. Einen Vergleich des polnischen mit dem russischen Eisenbahnbudget können wir deshalb nicht zulassen, weil unser Eisenbahnnetz viel dichter ist als das russische. Außerdem muß zur Entschuldigung unserer Eisenbahnverwaltung der Mangel an geschulten Kräften angeführt werden. Die anderen zum Vergleich angeführten Staaten verfügen noch von der Vorkriegszeit her über einen gut ausgebildeten Beamtenstab, der eine weit stärkere Reduzierung des Personals gestattet, als dies bei uns möglich ist. Die Zeit, die große Erzieherin, wird diesen Mangel beseitigen und mit dem polnischen Eisenbahnbudget den polnischen Steuerzahler entlasten. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht schon heute im Eisenbahnetat durchaus mögliche Ersparnisse gemacht werden können. Wir denken dabei vor allem an eine Vereinfachung im büromäßigen Schreibverkehr. Man hat auch in unserem Teilgebiet das im Papier- und Beamtenverbrauch äußerst umständliche österreichisch-galizische Bescheinigungssystem eingeführt, ohne daß die vorher geübte knappe und sparsame preußische Methode zu ernsten Beanstandungen Anlaß gab. Jeder Lokomotivführer kann über diese abbaubedürftige „Reform" praktische Vorschläge machen.

Oberschlesien und der Handelsvertrag mit Deutschland.

Von Dr. Martin Meister.

Von allen Teilen Polens gehen wohl keinen die deutsch-polnischen Wirtschaftsfragen so nahe an, wie gerade Oberschlesien. Das Wirtschaftsleben Oberschlesiens konzentriert sich um die oberschlesische Industrie, vor allem um die Kohlengruben und die Eisenhütten. Das Interesse der oberschlesischen Industrie richtet sich nun vor allem auf die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zum Deutschen Reich nach Ablauf der Schutzfristen, die die Genfer Konvention in sorglicher Vorsicht für Ost-Oberschlesien bestimmt hat, um dem Lande die Folgen einer unvermittelten wirtschaftlichen Abtrennung von Deutschland zu mildern. Zunächst handelt es sich um den Termin des 15. Juni 1925. An diesem Tage endet die in Artikel 224 der Genfer Konvention festgesetzte Frist für die zollfreie Einfuhr der oberschlesischen Industrieprodukte nach Deutschland. Die Hauptfrage für die Industrie ist nun die Verlängerung der Ausfuhrfreiliste für die ost-oberschlesischen Produkte. Man wünscht selbstverständlich Fortdauer der Zollfreiheit und Verzicht auf Einfuhrverbote. Dies ist eine Frage, die nicht notwendig im Rahmen der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland erledigt werden muß. Es ist nämlich zweifelhaft, ob die langwierigen polnisch-deutschen Verhandlungen bis zum 15. Juni 1924 beendet sein werden. Mit diesem Termin aber muß die oberschlesische Frage geregelt sein, wenn nicht ein wirtschaftliches Chaos eintreten soll. Daher gehen die Wünsche der Industrie dahin, daß über diese Frage der Zollfreiheit ein besonderes Abkommen getroffen werde, das eine weitere Gültigkeit der betreffenden Bestimmungen der Genfer Konvention vorsieht. Durch Artikel II des Schlußprotokolls wurde in diesem Falle ausgeschlossen, daß dritte Staaten die gleichen Vergünstigungen wie Oberschlesien von Deutschland verlangen könnten — eine Möglichkeit, die natürlich dem Deutschen Reich die größte Reserve bei den von ihm geforderten Konzessionen auferlegen würde. Wenn die Sache im Rahmen des Handelsvertrages zur Besprechung gelangt, wird selbstverständlich Deutschland Gegenkonzessionen von Polen verlangen. Naturgemäß müßte diese Konzessionen Polen als Gesamtheit machen. Dabei würde in den übrigen Landesteilen die Auffassung vorherrschend werden, daß Gesamtpolen für Spezialvorteile Oberschlesiens bezahlen müsse. Die Erkenntnis von der Wichtigkeit der oberschlesischen Industrie für Polen und der Industrie insgemein für ein Land ist nämlich in Polen sehr wenig verbreitet. Weiteste Kreise der Gesellschaft in Polen sehen die Industrie von einseitig sozialem Standpunkt an und brandmarken sie als Erscheinungsform kapitalistischer Ausbeutung. Damit ist aber ihre Bedeutung sehr unterschätzt. Diese Frage behandelte sehr lehrreich Ingenieur E. Kwiatkowski, der Direktor der Chorzower Werke, in einem Vortrage auf der letzten Tagung der polnischen Industrievereinigung in Kattowitz. Er weist nach, daß die Lage eines Industriestaates in vielen Punkten weit günstiger ist als die eines Agrarstaates. Jedenfalls ist aber zurzeit noch nicht damit zu rechnen, daß diese Erkenntnis sich in Polen Bahn bricht. Dazu ist die wirtschaftliche Einsicht in den breiten Massen der Arbeiter, Bauern und Bürger noch zu gering. Zweifellos würde die öffentliche Meinung nicht verstehen, weshalb das ganze Staatsgebiet um des oberschlesischen Teiles willen Konzessionen machen sollte. Die Widerstände, die schon jetzt gegen eine solche Lösung zu spüren sind, gehen zum Teil aber sogar von den altpolnischen Konkurrenzunternehmungen aus. Die altpolnische Eisenindustrie wendet sich aus einem gewissen Eifersuchtsgefühl gegen jede besondere Konzession im Interesse der oberschlesischen Ausfuhr bei den Verhandlungen mit Deutschland. Darin zeigt sich eine erschreckende Verblendung. Man muß die Frage an die altpolnischen Eisenhütten richten, wie sie sich eigentlich ihre Situation vorstellen, wenn Deutschland Einfuhrzölle für oberschlesisches Eisen einführt und die 70 Prozent der Eisenproduktion, die bisher nach Deutschland gingen, auch noch auf den innerpolnischen Markt drücken. Im eigensten Interesse sollte Kongreßpolen auf die Erhaltung der Ausfuhrmöglichkeiten für Oberschlesien hinwirken, um nicht selbst eines Tages von der Konkurrenz auf dem Innenmarkte erdrückt zu werden. Nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen mögen einige Einzelbetrachtungen folgen:

Kohle.

Noch bis September nahm Deutschland 30 Prozent unserer Kohlenproduktion auf. Die Produktion hat jetzt weiter abgenommen, man arbeitet nicht mehr voll auf den Gruben. Allerdings ist die Arbeitsleistung pro Kopf seit Beginn des Jahres auch dauernd gestiegen. Die Produktionsmittel wurden stark erweitert, die Anzahl der Bohrhämmer, Schrämmaschinen, Schüttelrutschen, Grubenlokomotiven, Förderhaspeln und sonstiger technischer Einrichtungen hat sich im Jahre 1924 gegen 1914 durchweg verdoppelt, zum Teil sogar noch stärker vermehrt. Normale Arbeitsbedingungen vorausgesetzt kann Ost-Oberschlesien heute schon 33 Mill. Tonnen pro Jahr fördern, 1923 hatte es aber nur 26½ Mill. gefördert und 1924 werden es nach den bisherigen Quanten zu schließen ungefähr 23 bis 24 Mill. werden. Der kleine Abschlag gegenüber dem Vorjahre geht mit den Arbeiterentlassungen Hand in Hand. Während die Gruben 1923 noch 150 000 Arbeiter beschäftigten, waren es im September nur noch 100 000. Der gegenwärtige Absatz in Höhe von 30 Prozent der Erzeugung muß aufrechterhalten werden. In dieser Beziehung ist die Situation gar nicht so ungünstig. Nach Annahme des Londoner Abkommens wird vermutlich die deutsche Industrie wieder einen Ansporn zu vermehrter Tätigkeit bekommen. Die Reparationslieferungen beanspruchen einen erheblichen Teil der Förderung. So dürfte es nur im Interesse der deutschen Kohlenwirtschaft liegen, in den Gebieten östlich der Oder und teilweise auch östlich der Elbe oberschlesische Kohle statt der Ruhrkohle zu verwenden. Dadurch werden die hohen Frachten für viele Hunderte von Kilometern erspart und es wird Ruhrkohle zur Ausfuhr frei, was nur günstig auf die deutsche Handelsbilanz wirken kann. Eine derartige Regelung würde durchaus den Anforderungen der Zeit entsprechen.

Eisen und Stahl.

In der Eisenhüttenindustrie liegt die Situation allerdings anders. Der deutsche Bedarf an Eisen und Stahl wird in höherem Grade als der Kohlenbedarf vom Inlande gedeckt. Daher besteht in Deutschland eine starke Strömung gegen eine Verlängerung der Schutzbestimmungen für die oberschlesische Eiseneinfuhr. Dabei liegt für Oberschlesien die Sache gerade beim Eisen ungünstiger, als bei der Kohle. Der Steinkohlenverbrauch Polens beträgt gegenwärtig jährlich etwa 600 Kg pro Kopf (nach der Berechnung von Direktor Falter im „Echo Warszawskie" vom 2. November). Mit einem Erstarken dieses Bedarfes ist schon in den nächsten Jahren zu rechnen. Beim Eisen hingegen liegt die Sache nicht so günstig, früher gingen 70 Prozent des Absatzes nach Deutschland, heute bei sehr verminderter Produktion noch 50 Prozent. Der Hüttenbetrieb der Königs- und Laurahütte, sowie die Hochöfen der Hubertushütte liegen still. Andere Hütten arbeiten mit Einschränkungen bis zu 50 Prozent. 1923 beschäftigten die Hütten 42 000 Arbeiter, im September 1924 nur 23 000. Heute arbeiten die Eisenhütten nur noch mit 40 Prozent der tatsächlichen Leistungsfähigkeit. Wenn nun noch die 50 Prozent nach Deutschland wegfallen, so betrüge die Produktion nur noch 20 Prozent der normalen. Damit aber hätte die oberschlesische Eisenindustrie als Großindustrie ausgespielt. Polen hätte gezeigt, daß es mit der Gabe, die ihm der Völkerbund wohlwollend in den Schoß warf, nichts anzufangen weiß. Riesige Kraftquellen würden brach liegen und in kurzer Zeit verfallen.

Zink usw.

Was das Zink anbetrifft, so bietet dieses kein Problem. Mehr als 9/10 der oberschlesischen Zinkhütten ist an Polen gekommen. Die deutsche Produktion ist fast gleich null und Deutschland daher auf die Einfuhr angewiesen. Eine ständige Belastung der Zinkindustrie bildet die Produktion der Schwefelsäure, eines Nebenproduktes bei der Zinkgewinnung. Für diese dürfte Deutschland kaum noch Verwendung haben. — Die Bleiindustrie wird ebenso wie die Zinkerzeugung durch die auf dem Weltmarkt steigenden Preise unterstützt.

Einfuhr aus Deutschland.

Sei es nun, daß das oberschlesische Handelsproblem im Rahmen des Handelsvertrages geregelt wird, sei es, daß im Anschluß an das Genfer Abkommen eine besondere Entscheidung darüber gefällt wird: die von der ost-oberschlesischen Industrie benötigte Einfuhr aus Deutschland wird dabei eine bedeutende Rolle spielen. Die Industrie braucht Chamotte, Stahlseile, Walzen für die Hüttenwerke, Maschinen der verschiedensten Art. Insbesondere können Spezialmaschinen und alle Erzeugnisse der Feinmechanik nur aus Deutschland bezogen werden. All diese für die Industrie lebensnotwendigen Artikel sind mit Zöllen belegt. Eine Aufhebung dieser Zölle wäre eine ausreichende Gegengabe Polens für die Weitergewährung der Zollfreiheit für oberschlesische Erzeugnisse. Dringend muß immer wieder gewarnt werden vor der wirklichen Durchführung der angekündigten 100prozentigen Zollerhöhung, solange der Handelsvertrag noch nicht abgeschlossen ist. Dies wirkt nur als ein zweckloser Nadelstich, der erbittert, aber Deutschland keinen namhaften Schaden zufügen kann. In diesem Zusammenhang ist auch eine liberalere Behandlung des Veredlungsverkehrs zu wünschen, wenn die Veredlung in Deutschland stattfindet.

Verkehrsfragen.

Die Eisenbahnwünsche der Industrie werden ebenfalls bei den zu erwartenden Verhandlungen eine bedeutende Rolle spielen. Ein dringendes Bedürfnis sind direkte Tarife für den Güterverkehr zwischen Oberschlesien und Posen und weiterhin mit Danzig durch den Kreuzburger Korridor. Die Linie Kattowitz—Posen—Danzig verläuft hier über 60 Kilometer lang auf deutschem Gebiet. Dadurch werden die Kohlentransporte so verteuert, daß selbst in Posen englische Kohle etwas billiger ist, als oberschlesische. Dies schädigt natürlich den Absatz sehr. Ein deutsch-polnischer Verbandstarif besteht für Kohle, Koks, Briketts, Schwefelsäure und Fische. Es wird angestrebt seine Ausdehnung auf Eisen- und Zinkprodukte und Erze, ferner wird gewünscht, daß die Ausnahmetarife nach den deutschen Seehäfen auch für Oberschlesien gültig sein möchten.

Die Transitfrage.

Polen hat in der Frage des deutsch-russischen Transites einen erstklassigen Trumpf gegenüber Deutschland in den Händen. Wenn auch gegenwärtig der deutsch-russische Handel minimal ist, so ist doch Deutschland aufs Allerdringendste auf eine Weiterentwicklung und größere Entfaltung seines Handels mit Rußland angewiesen. Als Gegengabe kann Polen auf demselben Gebiet verbleibende Forderungen aufstellen. Fast sämtliche oberschlesische Produkte sind auf dem Wege nach verschiedenen Absatzländern zum Transit durch Deutschland gezwungen. In dieser Beziehung müsse Deutschland entgegenkommen und Frachterleichterungen gewähren, was auch im Rahmen der gegenwärtigen deutschen Eisenbahntarifpolitik liegen dürfte. Die Vermehrung der Transporte würde für die deutsche Eisenbahn finanziell günstig ins Gewicht fallen.

Kleine Rundschau.

* **Die tiefste Stelle des Ozeans.** Den Japanern gebührt der Ruhm, nunmehr die tiefste Stelle eines Meeres erforscht zu haben. Bisher nahm man als größte Tiefe ungefähr 7500 Meter an. Das japanische Kriegsschiff „Mandchen“ erreichte mit einer Sonde die ungeheure Tiefe von 9800 Metern. Das übertrifft die Höhe des Mount Everest um 1000 Meter. Den Tiefenrekord hielt bisher ein deutsches Schiff, das die oben angegebene Tiefe von 7500 Metern bei den Philippinen sondierte.

Handels-Rundschau.

M. **Von den polnischen Börsen.** Während der Devisenmarkt keine wesentlichen Veränderungen aufzuweisen hat, obwohl die Tendenz auch freundlicher ist, hat sich auf dem Aktienmarkte, insbesondere in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche, eine festere Tendenz bemerkbar gemacht, der zufolge die wichtigsten Aktienwerte um 10—20 Prozent höher notierten. Dies wird jedoch bei dem tiefen Kursstand der Aktien von denjenigen, die zu vielfach höheren Kursen eingekauft haben, als keine wesentliche Besserung aufgefaßt. Da die Transaktionen sich in sehr mäßigen Grenzen bewegen, läßt sich kaum annehmen, daß die Befestigung der Tendenz länger andauern wird. Wahrscheinlicher ist, daß bald Gewinnrealisationen von der heute sehr bescheiden gewordenen Spekulation zu erwarten sind, und daß das Gesamtbild der Börse in nächster Zeit keine wesentliche Änderung erfahren wird.

own. **Die Gründung eines Zementsyndikats in Polen** ist, wie wir schon vor einiger Zeit gemeldet haben, Gegenstand längerer Verhandlungen zwischen dem Warschauer Zementverband, dem alle Fabriken dieser Branche in Westpolen angehören, und dem kleinpolnischen Zementverband, in dem die ehemals österreichisch-galizischen Zementfabriken zusammengeschlossen sind. Die Hauptschwierigkeiten bei den Verhandlungen lagen einmal in der Verschiedenartigkeit der Organisation dieser beiden Verbände und ihrer Absatzmärkte, sodann darin begründet, daß jeder Verband sich den größten Einfluß auf die Verwaltung des künftigen Syndikats sichern wollte. Daran und an verschiedenen anderen Gründen ist das Zustandekommen eines allgemeinen Syndikats für ganz Polen gescheitert, und der Warschauer Verband hat nunmehr ein besonderes Syndikat für Kongreßpolen gegründet. Für die Zementabnehmer namentlich in dem als Großverbraucher in Frage kommenden polnisch-oberschlesischen Industriebezirk kann das Nebeneinanderbestehen der beiden Verbände, die gerade hier einen starken Konkurrenzkampf zu führen genötigt sind, nur günstig wirken.

M. **Die Krise in der Textilbranche.** Aus Lodz wird uns berichtet: Die Krise in der Textilbranche dauert an. Die Nachfrage ist sehr gering. Man hält sich infolge Geldmangels und des Stillstandes der Geschäfte von Transaktionen fast vollkommen zurück. In Fachkreisen wird die Frage einer zu erwartenden Erhöhung der Löhne mit großem Interesse verfolgt, und man vertritt allgemein die Meinung, daß eine Lohnerhöhung von 12 bis 15 Prozent zu erwarten sei. Eine solche Erhöhung der Löhne dürfte ein Steigen der Textilwarenpreise um etwa 3 bis 4 Prozent zur Folge haben. Aktuell ist nun die Frage, wie man die schwache Tendenz auf dem Textilwarenmarkte mit einer Erhöhung der Preise in Einklang bringen wird. Man glaubt, daß die Fabrikanten zu ihrem alten bewährten Mittel greifen werden, nämlich zur Arbeitsreduzierung und künstlicher Zurückhaltung der Ware, um auf diese Weise einem Preisrückgang entgegenzuarbeiten. Diese Taktik macht sich teilweise schon bemerkbar. So werden gewisse Erzeugnisse schon rarer. Zyrardower Erzeugnisse sind trotz des Stillstandes der Geschäfte um einige Prozent im Preise gestiegen. Dagegen beginnt in der Tuchbranche sich eine sinkende Tendenz bemerkbar zu machen. Tücher können sich wohl auf dem früheren Preisniveau halten, doch gilt dies nur für Kreditkäufe. Für Bargeld kauft man heute billiger als in den letzten Wochen.

M. **Vom polnischen Leder- und Schuhwarenmarkt.** Wie wir aus informierten Kreisen erfahren, gestaltet sich die Lage der Leder- und Schuhwarenbranche immer schwieriger, da die ausländische Konkurrenz, vorwiegend die Wiener, die heimische Produktion fast vollkommen verdrängt. Während sonst der Monat Dezember der beste Monat in dieser Branche war, ist in diesem Jahre ein nie dagewesener Geschäftsstillstand festzustellen. Die polnischen Gerbereien, deren es im Lande 240 gibt, stellen allmählich ihren Betrieb ein. Der polnischen Lederindustrie, die vor dem Kriege nicht nur ganz Kongreßpolen, sondern auch den russischen Markt mit Ware versorgte, droht, nach Angaben der Lederfabrikanten, ein vollkommener Ruin. So heißt es, daß Wien gegenwärtig mit Volldampf arbeitet, da nach Polen noch 5 Millionen Paar Schuhe, die bereits bestellt worden sind, geliefert werden müssen. Daß die Schuhwarenfabrikanten in Polen noch ärger daran sind, als die Lederproduzenten, wird von den Branchekundigen stets betont. Auch die Kleinproduzenten und die Handwerker beklagen sich sehr über den schlechten Gang ihrer Geschäfte.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 15. Dezember. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 25,77½, 25,90—25,65; London 24,38½, 24,51—24,26; Holland 209,75, 210,75—208,75; Neuyork 5,18½, 5,21—5,16; Paris 27,82½, 27,96—27,69; Prag 15,70, 15,77—15,63; Schweiz 100,52½, 101,02—100,02; Wien 7,33, 7,36—7,29; Italien 22,42, 22,53—22,31. — Devisen: Dollar der Vereinigten Staaten 5,18½, 5,21—5,16; kanadische Dollar 5,14½, 5,17—5,12; engl. Pfund 24,38½, 24,51 bis 24,26.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 15. Dezember. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Reichsmark 127,929 Geld, 128,571 Brief; 100 Zloty 103,37 Geld, 103,88 Brief; Scheck London 25,19 Geld, 25,19 Brief. — Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,1975 Geld, 25,1975 Brief; Berlin Reichsmark 127.58 Geld, 128,22 Brief; Neuyork 1 Dollar 5,2590 Geld, 5,3860 Brief; Zürich 100 Franken 103,84 Geld, 104,36 Brief; Warschau 100 Zloty 102,84 Geld, 103,36 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Reichsmark 15. Dezember Geld	Brief	In Reichsmark 12. Dezember Geld	Brief
Buenos-Aires . 1 Pes.	1.623	1.627	1.626	1.630
Japan . . . . . . 1 Yen	1.608	1.612	1.603	1.612
Konstantinopel 1 t. Pfd.	2.295	2.305	2.295	2.305
London . . 1 Pfd. Strl.	19.702	19.752	19.71	19.76
Neuyork . . . . 1 Doll.	4.195	4.205	4.195	4.203
Rio de Janeiro 1 Milr.	0.4785	0.4805	0.4815	0.4835
Amsterdam . . 100 Fl.	169.29	169.71	169.59	170.01
Brüssel-Antw. 100 Frc.	20.85	20.61	20.04	20.70
Christiania . . 100 Kr.	63.52	63.68	63.52	63.68
Danzig . . . 100 Gulden	78.15	78.35	78.15	78.35
Helsingfors 100 finn M.	10.55	10.59	10.55	10.59
Italien . . . . 100 Lira	18.09	18.13	18.10	18.14
Jugoslavien 100 Dinar	6.27	6.29	6.27	6.29
Kopenhagen . . 100 Kr.	73.49	73.67	74.11	74.29
Lissabon . . 100 Elcuto	19.98	20.02	19.73	19.77
Paris . . . . . 100 Frc.	22.54	22.60	22.48	22.54
Prag . . . . . . 100 Kr.	12.665	12.705	12.665	12.705
Schweiz . . . . 100 Frc.	81.24	81.44	81.06	81.46
Sofia . . . . . 100 Leva	3.065	3.075	3.035	3.045
Spanien . . . 100 Pes.	59.43	59.57	58.78	58.87
Stockholm . . . 100 Kr.	113.04	113.32	113.06	113.34
Budapest . . 100000 Kr.	5.715	5.735	5.715	5.735
Wien . . . . 100000 Kr.	5.91	5.93	5.907	5.927

Züricher Börse vom 15. Dezember. (Amtlich.) Neuyork 5,16$^{9}/_{16}$, London 24,25¼, Paris 27,70, Wien 72,77½, Prag 15,59¼, Italien 22,26¼, Belgien 25,60, Holland 208,45, Berlin 122,97½.

Die Bank Polski zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zł., 1 Dollar, große Scheine 5,17 Zł., kleine Scheine 5,17 Zł., 1 Pfund Sterling 24,08 Zł., 100 franz. Franken 27,48 Zł., 100 Schweizer Franken 99,27 Zł.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 15. Dezember. Für nom. 1000 Mkp. in Zloty. Wertpapiere und Obligationen: 6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred. 5,10. — Bankaktien: Bank Przemysłowców 1.—2. Em. 3,00. Bank Zw. Spółek Zarobk. 1. bis 11. Em. 6,00 — Industrieaktien: Arcona 1.—5. Em. 1,20. Browar Krotoszyński 1.—5. Em. 2,00. C. Hartwig 1.—7. Em. 1,25. Hurt. Związkowa 1.—5. Em. 0,15. Herzfeld-Viktorius 1.—3. Em. 4. Iskra 1.—4. Em. 0,60. Dr. Roman May 1.—5. Em. 25. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 0,60. Tkanina 1.—5. Em. 0,90. Tri 1.—3. Em. 12. „Unja“ (früher Bentzki) 1.—3. Em. 5,50. Wisla, Bydgoszcz, 1.—3. Em. 7. Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. 0,26. Tendenz: behauptet.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 15. Dezember. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggonlieferung loko Verladestation in Zloty.) (Ohne Gewähr.) Weizen 22,75—24,75, Roggen 20,50—21,30, Weizenmehl (65proz. inkl. Säcke) 39,00—41,00, Roggenmehl 1. Sorte (70proz. inkl. Säcke) 28,55—30,50, Roggenmehl 2. Sorte (65proz. inkl. Säcke) 32,75, Braugerste 22,50—24,50, Felderbsen 19,00—23,50, Viktoriaerbsen 27,00—32,00, Fabrikkartoffeln 4,10, Kartoffelflocken 18,50 bis 19,50, Roggenkleie 14,50, Hafer 21,00—22,00, Serradella (neue) 12,50 bis 14,50, blaue Lupinen 10,00—12,00, gelbe Lupinen 13,00—15,00. Kartoffeln an den Grenzstationen und Viktoriaerbsen in auserlesenen Sorten über Notierung. Tendenz schwach. Marktlage im allgemeinen unverändert.

Danziger Getreidebörse vom 15. Dezember. (Nichtamtlich.) Weizen 125—128 pfd. 13,40—14.00, Roggen 12,25—12,50, Gerste 11,00 bis 13,50, Hafer 10—11, Erbsen 9,00—12,00, Viktoriaerbsen 12,00 bis 18,00, Roggenkleie 8,00, Weizenkleie 8,25 per Zentner. Alles franko Danzig. Weizenmehl 60proz. Ausm. 46—48 Gulden per 100 Kg., Roggenmehl 65proz. Ausm. 38—40 Gulden per 100 Kg.

Berliner Produktenbericht vom 15. Dezember. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Stationen. Weizen märk. 218 bis 224, Mai 261—260, Tendenz behauptet Roggen märkischer 215 bis 218, Jan. 233, März 245—244, Mai 250, Tendenz fest, Sommergerste 238—261, Winter- und Futtergerste 192—205, fest, Hafer märk. 172—184, pomm. 162—175, Febr. 204, März 205, Mai 209—207—207,50, Tendenz unregelmäßig, Mais loko Berlin 207—210, stetig, Weizenmehl für 100 Kg. 29,50—32,75, still, Roggenmehl 29,50 bis 32,50, befestigt, Weizenkleie 14,40—14,50, fester, Roggenkleie 12,80 bis 12,90, stetig, Raps 390—400, ruhig, Leinsaat 420—430, fester, Viktoriaerbsen 29—32, kleine Speiseerbsen 21—22, Futtererbsen 19—20, Peluschken 15—16, Ackerbohnen 19—20, Wicken 17—18, blaue Lupinen 11,50—13, gelbe Lupinen 15—16, Serradella alte 10—12, neue 15—17. Rapskuchen 16,80—17, Leinkuchen 25,50—26, Trockenschnitzel 9,20—9,40, Torfmelasse 8,70—9, Kartoffelflocken 18,50 bis 18,80.

Materialienmarkt.

Notierungen der Berliner Metallbörse vom 15. Dezember. Raffinadekupfer (99—993 Prozent) 126,00—127,00, Originalhüttenweichblei 82,00—83,00, Hüttenrohzink (im freien Verkehr) 74,50 bis 75,50, Remalted Plattenzink 65,00—66,00, Originalh.-Alum. (98 bis 99 Prozent) in Blöcken, Walz- oder Drahtb. 230—235, do. in Walz- oder Drahtb. (99 Prozent) 240—245, Bankazinn, Straitszinn und Australzinn 520—530, Hüttenzinn (mindestens 99 Prozent) 510 bis 520, Reinnickel (98—99 Prozent) 320—330, Antimon (Regulus) 120 bis 123, Silber in Barren für 1 Kg. 900 fein 95,00—96,00.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 15. Dezember in Krakau — (—), Zawichost —, + (0,91), Warschau —, + (0,94), Plock + 0,22 (0,35), Thorn — 0,72 (0,12), Fordon + 0,24 (0,27), Culm — 0,09 (0,17), Graudenz + 1,14 (0,25), Kurzebrak + 0,20 (0,64), Montau + 0,17 (0,02), Piekel + 0,46 (0,13), Dirschau 0,66 — (0,12), Einlage + 1,96 (2,04), Schiewenhorst + 2,10 (2,22) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Gedenket Eurer Toten!

Um es in der Zeit der schweren Wirtschaftskrise zu ermöglichen, daß ein Jeder seinen Verstorbenen einen Grabstein setzen lassen kann, gibt die seit über 26 Jahren am hiesigen Orte wegen ihrer haltbaren, sauberen, **billigen** Arbeit weit bekannte Steinwarenfabrik des Steinmetzmeisters **G. Wodsack, Dworcowa 79,** zufolge **billigen** Einkaufs und einer ganz besonders praktischen Arbeitsweise, Grabmale und Grabumfassungen aus bestem Material gefertigt, **zu sehr niedrigen Preisen** ab. Genaue Beachtung der Firma u. Hausnummer 79 bürgt für **kulante** und beste Bedienung. Telefon 651. 22565

Wilh. Matern
Dentist 23667
Sprechstunden v. 9–1 u. 3–6 Uhr
Bydgoszcz, Gdańska 21.

Dr. von Behrens, Oberreferend. a. D. d. Warschauer Minister. f. K. u. V., Kons.-Richter erteilt **Rechtshilfe.** Aufwertungserrechnung, Hypotheken-, Schulden-, Erbschafts-, **Steuer-** u. Paßschwierigkeiten erledigt 8–4 **Dworcowa 56, „Labura"** u. 5–8 **Promenada 3,** deutsch und **polnisch.** Briefliche Anfragen werd. mit zł 3,— vorausbez. 23919

Puppen-Klinik.



Sämtl. Ersatzteile.
Haararbeiten.
P. Glatz, 22934
ulica Gdańska Nr. 13.

Foto grafien Passbilder
zu staunend billigen Preisen liefert sofort
Atelier Viktoria
nur Gdańska (Danzigerstr.) 19. 23613

Briketts

Salon, Halbsteine, Würfel, Nuß
in allen Marken, Spezialität „Lux" und „Gloria"
Hütten- u. Gießerei-Koks
Grude-Koks 23336
Anthracit
O.-S. u. N.-S. **Schmiedekohlen**
Steinkohlen
Holzkohlen
Portl.-Cement
Bau- und Düngekalk
Erstklassige Groß-Vertretungen.
Maasberg i Stange
Bydgoszcz, Pomorska 5
Tel.-Adr.: Masta Tel. 900.

Otto Bender
ulica Jezuicka 17
Gegründet 1891
empfiehlt Herren-, Damen- u. Kinder-
Schuhwaren
in bekannt guter Ausführung zu **soliden Preisen.** 22578
Winterschuhe u. Pantoffel.
Einlegesohlen u. Schuhcreme.
Maßanfertig. Reparaturen.

Zum 1. 1. 25 unverh., **junger Inspektor** für 4000 Morg. großes Brennereigut m. intensivem Hackfruchtbau gesucht. Es kommen nur Herren in Frage, die an intens. Tätigkeit gewöhnt sind u. Lust und Liebe zum Beruf haben. Angebote mit Zeugn.-Abschr. unter **H. 23899** a. d. Gst. d. Ztg.

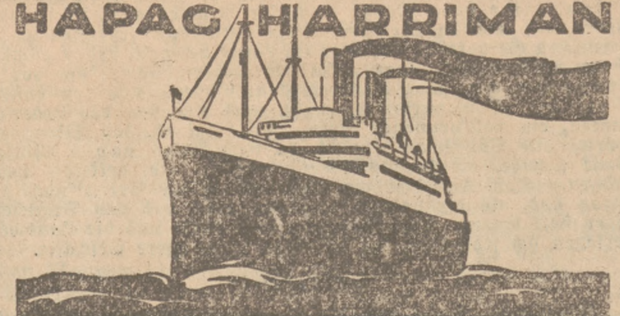
Tüchtiger Brennerei-Verwalter der polnisch. Sprache mächtig, zu sofortigem Antritt od. 1. Januar gesucht. Offert. unter **M. 24118** a. d. Gst. d. Z.

Stellmacher zum 1. 4. 1925 gesucht. Nur allererste Kräfte wollen sich melden. — Werkstatt ist heizbar. **Rittergut Batlewo** p. Kornatowo 24146 powiat Chelmno.

Ein Kutscher, ein Fornal, ein Deputant mit je 2 **Scharwerkern** finden z. 1. 4. 25 **Stellung** bei **Rehfeld in Sicienko** (Wilhelmsort), powiat Bydgoszcz. 24136

Zum 1. 4. 25 sucht einen erfahr., älteren **Schäfer** **mit eigenen Leuten** zu 300 Mutterschafen nebst Aufzucht 24121 **Gut Richtershof** bei Wysoka.

HAPAG HARRIMAN



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES
(HARRIMAN LINE)
Nach
NORD-AMERIKA
SÜD-AMERIKA
CANADA
CUBA — MEXICO, WESTINDIEN AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung, vorzügliche Verpflegung. Unterbringung in Kammern in allen Klassen.
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG, Alsterdamm 25
und deren Vertreter
an allen grösseren Plätzen des In- und Auslandes.
23032

Vornehme Haushaltungs-Artikel
Rosenthal-Porzellan
Kristall. 24145
A. Hensel
Bromberg
Bahnhofstraße
Nr. 97



Bull-Kälber

von milchreicher Herdbuchherde gibt ab
Zollenkopf,
Milewo, 24897
Post Twarda góra, pow. Swiecie, Pom.

Ein tüchtiger Reisender für Holzmassenartikel 13682
Posen, Pommerellen, Schlesien, beide Sprachen erforderl., kann sich sofort melden. Off. unter **Nr. 5469** an Ann.-Exped. **C. B. „Expreß".**

Perfekte, energische 24146
Buchhalterin
für Fleisch- und Wurstfabrik, firm im Rechnen, der deutsch. u. polnisch. Sprache in Wort und Schrift mächtig, welche auch die Ladenkasse zu versehen hat, wird gesucht. Es wird nur auf selbständige Arbeiterin reflektiert. Gehalt bei freier Station nach Uebereinkunft. Angebote unter Postlagernd **Wejherowo S. 7.** erbeten.

Stenotypistin
für deutsche u. polnische Korrespondenz zum sofortigen oder späteren Antritt gesucht. Angebote mit Zeugn.-Abschriften und Gehaltsansprüchen unter **H. 24091** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche z. 1. Januar tüchtigen u. energischen **Hofbeamten.** Bei Bewerbungen sind Zeugnisabschriften einzusenden. 24119 **von Winter, Jeleniec** pow. Chelmno, poczta Male Czyste, Pomorze.

Ich suche z. 1. 1. 25 für mein Kolonial- u. Eisenwaren-Geschäft u. Restaurant ein. tücht. **jg. Mann** der deutsch. u. polnisch. Sprache in Wort und Schrift mächt. Bewerb. muß gute Zeugn. aufweisen und militärfrei sein. Off. m. Gehaltsansprüch. u. Zeugnissen unter **F. 24070** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Lehrmädchen aus besserer Familie stellt sofort ein 13655 **C. B. „Expreß",** ul. Jagiellońska 46/47.

Gesucht für 1. 1. 1925 **Kindergärtnerin 1. Kl.** mit poln. Unterrichtserlaubnis. 24066 **Oehlrich, Mala Turza** per Płosnica, powiat Działdowo.

Gesucht zuverlässiges Kinderfräulein zu einem 4jähr. Knab. Off. mit Bild, Zeugn. u. Geh.-Anspr. an 24147 Frau **E. Herrmann, Chojnice, Rynek 11.**

Gesucht zum 1. 1. 25 **einf. Stütze** f. kl. Haush. n. **Oliva,** die jede Arb. übern. Frau **Hete Otto, Kotomierz.**

Suche zum 1. Jan. erfahrene, evangel. **Wirtin** Angebote mit Gehaltsangabe u. Zeugnisabschriften sind zu richten an Frau Rittergutsbesitzer **Voge, Ostrowo Szlacheckie, poczta Września.** 24110

Für frauenlosen Forsthaushalt **junge Wirtin gesucht.** Kenntnis von Führung eines Haushalts mit Vieh Bedingung. Mädch. wird gehalten. Offerten nur mit Bild u. Nr. **B. 24063** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Suche vom 1. Januar bezw. 1. Februar 1925 ein **Wirtschaftsfräulein** das in allen Zweigen eines Gutshaushaltes erfahren ist. 24065 Meldungen an Frau **Anneliese Wilhelm, Rittergut Osówko** bei Plesewo, p. Grudziądz.

Zum 1. 1. 25 oder früher evangel. **Dienstmädchen** für kleinen Haushalt ges. Frau Apotheker **Carl, Nakło.** 3289

Dienstmädchen mit Koch-Kenntnissen für kinderlosen Haushalt sucht 13654 **Schulz, Pl. Wolności 2.**

Ehrliches **Dienstmädchen** zu allen Hausarbeiten sofort gesucht. 13678 **Sophie Beyer,** Długa 18.

Aelteres, sauberes **Dienstmädchen** per sogleich ges. 13679 **Długa 19, 2 Tr., l.**

Ord. Frau z. Tr.-Reinig. w. f. dauernd verl. Zu erfr. **Gdańska 38,** II, r., v. 5-7 Uhr. 23945

Geldmarkt

Deutsche Firma (Inh. Witwe) sucht zur Geschäftserweiterung
bis 6000 Zlp.
Größte Sicherheit gewährleistet, Zinsen nach Uebereinkunft. Offerten unter **B. 13428** an die Geschäftsstelle der Dtsch. Rdsch.

Heirat

Forstbeamter, Ende 20, evgl., große Erscheinung, ges. Pos., **sucht Lebensgefährtin** unter folgenden Bedingungen: Durch ärztl. Begutacht. kerngesund, musikal., naturliebend. Alles Weitere nebensächlich. Zuschr. nur mit Bild unt. **A. 24062** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Heirat! Fabrikant., Großkaufleute, Großgrundbes., Akademiker, Beamte, Lehrer, wünsch. glückl. Heirat. Ausk. diskr. kostenlos **Stabrey, Berlin 113,** Stolpischestr. 48.

Neujahrswunsch! **Zwei Freundinnen** wünschen die Bekanntschaft zweier netter, solider Herren **zwecks Verkehr,** im Alter von 28 bis 40 Jhr. Spätere Heirat nicht ausgeschl. Ausstattung und Vermögen vorhanden. Off. u. **Z. 13666** an d. G. d. Z.

Offene Stellen

Suche zum 1. 4. 25 bestempf., unverh. **Oberinspektor** zur selbständ. Bewirtschaftung meines 2000 Morg. gr. Gutes. 24006 **Naumann, Suchorecz,** p. Zalesie, pow. Szubin.

Stellengesuche

Kassiererin mit 3 jähr. Büropraxis, d. deutsch u. polnisch in Wort und Schrift beherrscht, mit allen Büroarbeiten sowie Schreibmaschine vertraut, sucht ab 1. Januar 1925 passende Stellung auch als **Korrespondentin.** Gefl. Offerten u. **F. 13590** an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Jg. Kaufmann der deutsch. u. polnisch. Sprache mächtig, in Kontor, Lager u. Expedition bewand., sucht z. 1. 1. 1925 Stellung. Angeb. unt. **N. 13663** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Jg. Kaufmann, 21 J. alt, sucht per 1. Januar Stellung als **Lagerist.** Angeb. erb. unt. **D. 13676** a. d. Gst.

Junger Mann mit guten Zeugnissen, sucht z. 1. 1. 25 **Stellung** in kaufm. Unternehmen für Büro oder Reise. Offert. unt. **O. 24133** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Müllermeister verh., s. dau. Besch. Bin vertr. mit Reparat., Montage u. Motoren. 13612 **Felde, Zduny 7.**

Ziegelmeister verh., energisch, mit mehrjähr. prakt. selbständiger Tätigk., sucht von sofort oder später gute dauernde 24150 **Stellung** Gute Zeugnisse vorh. **F. Machnikowski, Żerniki,** p. Podstolice, pow. Września.

Bilanzsichere **Buchhalterin** 9 Jahre Praxis, sucht v. 1. Januar Stellung. Angeb. u. **C. 13675** an d. Gschst. d. Z.

Gebild., jung., evgl. **Mädchen** sucht zum 1. 1. 25 **zwecks Vervollkommnung in d. ff. Küche** Stellg. als **Stütze** und **Haustochter** auf größer. Gute bei vollst. Famil.-Anschluß. Gefl. Off. u. **L. 23904** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Aelt. Witwe s. Stellg. z. 1.1.25 in ländl. frauenl. Haushalt. Offert. unt. **B. 13664** a. d. Gst. d. Ztg.

An- u. Verkäufe

Landgrundstück in **J. gdschütz,** geeignet z. Bauplatz 1915 □Mtr., zu verkaufen. 13614 **Max Noerenberg,** Gębarzewo, p. Zydowo, pow. Witkowo.

Ein Pferd zu kaufen ges., gesund, jung, zugfest Beding. Verk. w. sich melden bei **G. Jakubowski,** Fleisch., Bydg., Jasna 9. 13658

Kanarienhähne gut sing., verkauft an Selbstabholer 13470 **Okole,** ul. Jasna 8, I, r.

Gut erh. Gitarre prsw. zu verkauf. 24136 **Gdańska 151,** II. Zu bes. von 12—1.

Kaufe Dam.- u. Herrenzimmer-Einrichtung. Off. mit Preis u. Teilangabe unt. **W. 13665** an die Gschst. d. Dt. Rd.

---

1 kompl. Wohnungseinr. Empf.-, Herren-, 13633 Billard-, Fremdenzim., Kontor- u. Kücheneinr. umzugshalber zu verk. Besichtig. Montag b. Donnerstag 11-4 Uhr **Paderewskiego 7,** ptr., l.

Schlafzimmer in Eiche und **Damenzimmer** in Mahag., allermod. Ausführung, verk. preisw. 23661 auch auf Teilzahlung **Tischlerei Jackowskiego 33.**

Damenschreibtisch gebr., mahag. od. nußb., zu kaufen ges. 13660 **A. Doehlert,** Jackowskiego 21, I.

---

1 mod. neu. Herrenz. kompl., z. verk. Besicht. Montag bis Donnerstag 11—4 13605 **Paderewskiego 7, pt., l.**

Gut erh. Schlafsofa zu kauf. ges. Zu erfr. in d. Gschst. d. Z. 13617

---

1 neu. grün Lack-Empf.-Salon zu verk. Besicht. Montag bis Donnerstag 11—4 13633 **Paderewskiego 7. pt., l.**

---

1 Kinder-Schreibpult, 2 Schultornist. (Leder), 2 Kind.-Schlitt. u. a. z. vk. 13667 **Chodkiewicza 41.**

Gold Silber, Brillanten 23775 kauft **B. Grawunder** Bahnhofstr. 20.

Einen Posten Fensterflügel, verschied. Abmessungen, teilw. verglast, Fenster mit Futter, kleine Türen f. Aborte u. Kammern, Glastüren Zimmertüren ohne Futter, leichte Flügeltüren für Regale, zweifl. Türen, Türfutter,
gebraucht, hat abzugeben
Danziger Werft
Danzig. 24159

---

50 Stück Tiefpumpenständer
sowie
4 Stück Pumpvorgelege
für Brunnen von 10—100 m Tiefe, gibt preiswert ab. Uebernehme gleichfalls neue Bauten und Reparaturen der gleichen Brunnen und Pumpen. Daselbst wird auch 1 **Schmied u. 1 Lehrling** eingestellt. **August Dietrich,** Brunnenbaumeister, **Gdańska 130.** 13668

---

200 Zentner Deputatroggen
zu kaufen gesucht.
Angebote unter **N. 24122** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Eine mod. neue Küche zu verk. Besichtigung Montag bis Donnerstag 11—4 13634 **Paderewskiego 7, pt., l.**

Eis. Kinderbettstelle mit Einlege-Matr., gut erh., **gr. Puppe** verk. **Gdańska 51, Hof, 1 Tr.** 13674

---

1 Wächterpelz, 1 Dauerbrandofen verkauft **Grage,** 13656 Kościuszki (Königst.) 12

---

1 gr., gut erh., franz. Billard, Elfenb.-Bälle, **Korb- u. div. andere Möbel** zu verk. Besicht. Montag bis Donnerstag 11—4 13638 **Paderewskiego 7, pt., l.**

Schützenbüchse (Ayd) vorzügl. Schußleistung, mit sämtlich. Zubehör und eine **Morlini-Büchse** (82) billig zu verkaufen. 24120 **P. Scharke, Znin.**

---

1 kompl. Kontoreinrichtung, 2 gr. Geldschränke, Tische usw. zu verk. Besichtigung Montag bis Donnerstag 11—4 13637 **Paderewskiego 7, pt., l.**

Leichter Geschäftswagen prsw. zu verk. Zu erfr. 13671 **Rinkauerstr. 47,** l., r.

---

2 Glasschaukästen zu verk. **Dworcowa 1a,** Konfit.-Gesch. 13673

Kompl. Dampfdreschsatz, 6 P. S., gut erh., betriebsfähig, sofort zu verkauf. 13655 Angebote an **Schüler, Gruczno, Pomorze.**

---

1 gebrauchter Walzenstuhl wie neu, 300×600, mit autom. Speisevorr. sow. 1 gebr., 16 m langer **Schornstein** 35 cm Durchm., stehen zum sof. Verkauf. 24015 **W. Sonnenberg, Tartak i Młyn Parowy, Nowawieś Wielka,** powiat Bydgoszcz. Telefon 14.

Mühle sucht ein Paar **Spitzgang-Steine** zu kaufen. 13626 **Felde, Zduny 7.**

Wohnungen

3-4 Zimmer und Küche von sof. gesucht. Eilige Offerten an Annonc.-Exp. **C. B. „Expreß".** 13683

3-Zim.-Wohng. mit Küche im Zentr. vertausche gegen eine 4–6-Zimmer-Wohng., ebenso im Zentr., geg. Vereinbarung. Meldungen: **„PAR",** 23959 Dworcowa 72.

Eine 2- auch 3-Zim.-Wohn. v. sof. od. 1. 1. 25 zu mieten ges. Pr. n. Vereinb. Offert. unter **Z. 13567** a. d. Gst. d. Z.

1–2 Zimmer für Bürozwecke im Zentrum sof. gesucht. Off. an Annonc.-Büro **Weber,** Jagiellońska 6. 24151

Gr. leeres Zimmer völl. renov., an einzel. bess. Herrn (Dame) z. vm. **Pl. Piastowski 12,** III, l.

Möbl. Zimmer

Herr von außerhalb, der häufiger geschäftl. in Bromberg zu tun hat, sucht ungeniertes **möbl. Zimmer,** mit separ. Eingang, Zentr. der Stadt. Angeb. u. **B. 13672** a. d. Gst. d. Z.

Eleg. möbl. Zim. i. Zentr. der Stadt zu mieten gesucht. Off. u. **S. 13641** a. d. Gst. d. Z.

Ein möbl. Wohn- u. Schlafz. z. 1. 1. 25 z. verm. **Chrobrego** (Schleinitzstraße) 6, pt., lks. 13652

Zwei jg. geb. Damen v. Lande könn. ab 1. 1. 25 **Schlaf- u. Wohnz.** mit Morgenk. od. v. Pension haben, Bhfstr. Anfr. u. **A. 13667** a. d. Gst. d. Ztg.

Möbl. Zimmer m. voller Pension, von sofort zu vermieten an besseren, soliden Herrn. Sniadeckich 5a, unt., lks.

Pensionen

Schüler od. Schülerinn. (evtl. Geschwisterpaar) find. **erstkl. Pension.** Beaufsichtig. d. Schularbeiten. Meld. unter **T. 13660** a. d. Gst. d. Z.

Gebührenfreie deutsche Paßvermerke.

Wie die Steuerfachpresse berichtet, sind unter dem 7. und 17. November zwei in der Öffentlichkeit bisher noch nicht bekanntgewordene Erlasse des deutschen Reichsministers der Finanzen ergangen, die für bestimmte Fälle eine Befreiung von der Verwaltungsgebühr für die Ausstellung von Unbedenklichkeitsvermerken und Unbedenklichkeitsbescheinigungen durch die Finanzämter zulassen. Gebührenfreiheit wird hiernach gewährt:

1. Bei Reisen, die auf dem Seewege, sei es über Swinemünde oder von Ostpreußen aus über Pillau nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgeführt werden. Der Zweck der Reise ist dabei ohne Bedeutung; Gebührenfreiheit kann also sowohl für Reisen geschäftlicher Art, wie auch für solche privater Natur gewährt werden.

2. Für Reisen deutscher und ausländischer Studenten, und zwar:
   a) für Studierende deutscher Reichsangehörigkeit, die im Rahmen ihres Studienplanes auf eine ausländische Hochschule gehen oder nach einem Besuch in der Heimat dorthin zurückkehren, und
   b) für alle (also auch ausländische) Studenten an deutschen Hochschulen, die in ihre Heimat zurückkehren z. B. nach Beendigung des Studiums oder zu Besuchszwecken).

3. Für einmalige Reise in die abgetretenen Gebiete, wenn es sich handelt um Reisen
   a) aus Anlaß eines Todesfalles,
   b) zum Besuch von nahen Angehörigen (Ehegatten, Verwandten oder Verschwägerten in gerader Linie, sowie Personen, die in der Seitenlinie im zweiten Grad verwandt sind) oder
   c) zur Regelung von Familien- oder Vermögensangelegenheiten.

In den zu 3b genannten Fällen sind also gebührenfrei: Reisen der Ehefrau zu ihrem Ehemann (oder umgekehrt), der Eltern zu ihren Kindern (oder umgekehrt), der Enkelkinder zu ihren Großeltern (oder umgekehrt), der Schwiegerkinder zu ihren Schwiegereltern (oder umgekehrt), der Schwester zu ihrem Bruder (oer umgekehrt), nicht aber des Schwagers zu der Schwägerin (oder umgekehrt), da diese Personen im zweiten Grad der Seitenlinie verschwägert sind, auch nicht Reisen des Neffen zum Onkel, da diese Verwandtschaft bereits den dritten Grad der Seitenlinie erreicht.

Der Zweck der Reise muß glaubhaft nachgewiesen werden.

Rundschau des Staatsbürgers.

Wojewodschafts-Landtag.

Am Montag wurde in Posen die 3. Session des Wojewodschafts-Landtages durch den Wojewoden Bniński eröffnet. In seiner Eröffnungsrede sprach der Wojewode den Mitgliedern des Landtages seinen Dank aus für ihre bisherige ersprießliche Arbeit. Die Landesselbstverwaltung hätte den Beweis geliefert für ihr staatsbürgerliches Empfinden, indem sie größere Mengen Aktien der Bank Polski gezeichnet hätte, sie sowohl wie ihre Beamten. Darauf übergab der Herr Wojewode den Vorsitz dem ältesten Mitglied, Herrn Adolf Poniński aus Koscielec, der als Sekretäre die Herren Karlowski und Plociniak berief. Dann wurden sechs Kommissionen gewählt und die Wahlen zur Landesdarlehnskasse vorgenommen. Nach der Verteilung der Referate unter die Kommmissionen wurde die Sitzung geschlossen. Am heutigen Dienstag nachmittag soll eine Plenarsitzung stattfinden, und vorher Kommissionsberatungen.

Rückgabe der Akzise von Exportzucker, der in Kunsthonig enthalten ist.

Auf Antrag interessierter Firmen wandte sich die Bromberger Handelskammer an das Handelsministerium mit der Bitte, den Zucker, der zu Kunsthonig verarbeitet wird, von der Akzise zu befreien, wenn dieser ins Ausland ausgeführt wird, um die Möglichkeit zu haben, größere Mengen Honig auszuführen und jenseits der Grenze zu Konkurrenzpreisen offerieren zu können. Infolge dieses Antrages hat das Wirtschaftskomitee des Ministerrats am 3. September d. J. die Angelegenheit zustimmend erledigt. Die Ausführung des Beschlusses ist dem Finanzminister übertragen worden.

Gewerbepatente und Registrierscheine.

Das Finanzministerium gibt bekannt, daß auf Grund des Art. 30 des Gesetzes vom 14. Mai 1923 (Dz. Ust. R. P. Nr. 58, Abs. 412) für die Erneuerung der Gewerbepatente und des Erwerbs der Registrierscheine die Zeit vom 1. November bis 31. Dezember 1924 bestimmt, eine Verlängerung dieses Termins aber völlig ausgeschlossen ist. Gesuchen betr. Zahlung des Betrages in Raten kann nicht stattgegeben werden. Nach Ablauf der Zeit beginnt unverzüglich die behördliche Kontrolle der Gewerbe- und Handelsbetriebe. Unterlassung der Anmeldung oder Erwerb nicht ausreichender Patente wird auf Grund des Art. 98 des Gesetzes über die Gewerbesteuer bestraft. Für verspätete Anmeldung wird ein Zuschlag von 4 Prozent monatlich in Ansatz gebracht.

Flugverkehr Danzig—Warschau.

Wie von der Danziger Luftpost mitgeteilt wird, verkehren die Flugzeuge des Aero-Lloyd Warschau vom 16. Dezember an nach folgendem Flugplan: Ab Danzig 11 Uhr vorm., an Warschau 2 Uhr nachm., ab Warschau 11 Uhr vorm., an Danzig 2 Uhr nachm. Der Luftverkehr findet täglich, einschließlich Sonntags, in beiden Richtungen mit geschlossenen und geheizten Junkers-Flugzeugen statt.

Neue Fernsprechlinien in Pommerellen und Posen.

Nach einer Bekanntmachung der Generaldirektion für Post und Telegraphie ist im Zusammenhang mit der kürzlich hergestellten Fernsprechverbindung zwischen der größten Industriestadt des Landes, Lodz, und der Hauptstadt Pommerellens, Thorn, auch die Möglichkeit gegeben, unter Vermittlung des Amtes in Thorn von Graudenz, Bromberg, Inowrocław und anderen Orten Westpolens bequeme Gesprächsverbindung mit Lodz erhalten.

Die polnischen Eier konkurrenzunfähig.

Wie uns berichtet wird, werden die durch die Kleinpolnische Exportgesellschaft exportierten Eier, die in den Kühlräumen in Berlin und Wien seit Juni d. J. lagern, nach Polen zurückimportiert, weil sie die Konkurrenz auf den ausländischen Märkten nicht ertragen können. Die durch die „Polnische Eiergesellschaft Ovum" in den Kühlräumen gelagerten Eier werden nach Kleinpolen und Oberschlesien zurückgeschafft, während die in Berlin gelagerten Eier in Warschau eingeführt werden. Warschau beginnt außerdem Eier russischer Herkunft zu konsumieren. Wie festgestellt, sind Eier gegenwärtig so teuer, daß sie nicht mehr als Exportartikel, sondern nur als Importartikel angesehen werden müssen.

Briefkasten.

Arnim 9. 1. Die Wiener Konvention ist noch nicht ratifiziert. 2. Die polnischen Staatsanleihen sind durch Verordnung vom 17. 3 1924 aufgewertet auf 1 Prozent, die Miljonówka auf 2 Prozent. Nach einem Sejmbeschluß vom 12. 12. 1924 sollen die ersteren Anleihen, und zwar nur soweit sie durch Vertreter von nicht selbständigen Personen für diese letzteren im Auftrage der Behörden erworben wurden, voll aufgewertet werden. Wie sich die Regierung zu diesem Beschlusse stellen wird, weiß man nicht. Wir verweisen Sie in dieser Beziehung auf den bezüglichen Artikel in der Nr. unserer Zeitung vom 16. d. M.; der Staat tauscht die Stücke nur um, er kauft sie nicht zurück. Den Verkauf der Stücke vermittelt jede Bank.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 16. Dezember.

Vom evangelischen Mädchenstift Jägerhof.

Sechzig junge Mädchen aus allen Teilen der Wojewodschaften Posen und Pommerellen hielten in diesen Tagen ihren Einzug in das dicht vor den Toren von Bromberg gelegene evangelische Mädchenstift Jägerhof. Der Raum wollte nicht recht ausreichen, aber die umsichtigen Diakonissen, die das Mädchenstift leiten, wußten auch den letzten Winkel so auszunutzen ,daß schließlich alle eine Lagerstatt, einen Versammlungs- und Arbeitsraum und die notwendige Verpflegung fanden. Der evangelische Verband für die weibliche Jugend hatte die jungen Mädchen zusammengerufen zu einer Adventsrüstzeit, die unter der Leitung der Verbandssekretärin Fräulein Bungeroth aus Posen stattfand. Das war ein Singen und Klingen all' die Tage über bei den Morgenandachten, den Bibelbesprechungen, aber auch vor und nach den Mahlzeiten, oder wenn die jungen Mädchen mit Handarbeit und Handfertigkeit beschäftigt waren. Erbauung, Unterhaltung und Belehrung kamen in gleicher Weise zu Wort und gaben dem Zusammensein seinen erzieherischen Wert für die evangelische Jugend. Superintendent Aßmann, Pfarrer Hesekiel und Pfarrer Sichtermann hielten den jungen Mädchen Vorträge und Andachten zur religiösen Vertiefung der evangelischen Jugend.

So ist das evangelische Mädchenstift, das seit der Inflationszeit 25 alten Damen ein Heim bietet und damit auch der Stadt Bromberg einen großen Dienst erweist, seiner alten Bestimmung wiedergegeben und macht seinem Namen als Mädchenstift wieder Ehre. Es ist die einzige Anstalt dieser Art, die die unierte evangelische Kirche in Polen besitzt und die durch ihre günstige zentrale Lage auch in Zukunft für die Erziehung der evangelischen weiblichen Jugend besondere Bedeutung hat. epv.

§ **Aufgeklärt** wurde jetzt durch die Kriminalpolizei ein vor vier Jahren verübter Diebstahl. Es wurden damals dem Sanitätsrat Dr. Dietz wertvolle Teller, Küchengeräte usw. gestohlen. Der Täter wurde jetzt aus Anlaß einer Haussuchung ermittelt, bei der man noch fast sämtliche vor vier Jahren gestohlenen Sachen wiederfand, die nunmehr dem Eigentümer wieder zugestellt werden konnten. Außerdem wurde eine kleine eiserne Geldkassette vorgefunden, die der Mann andernorts gestohlen und aufgebrochen hatte. Nach seiner Angabe befanden sich damals in der Kassette u. a. ein goldener Ring, ein Goldzahn und Papiere, welch letztere der Mann vernichtet hat. Etwaige Meldungen des Eigentümers an die Kriminalpolizei, Zimmer 70.

§ **Festgenommen** wurden gestern drei Diebe und ein Landstreicher.

*

Vereine, Veranstaltungen rc.

„Biologische Streifzüge". Heute, abends 6½ Uhr, im Evgl. Gemeindehaus letzte Vorlesung: „Fortpflanzung und Vererbung." (24155

Sitzung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Bromberg findet am Freitag, den 19. Dezember, nachmittags 2 Uhr, statt, worauf wir nochmals hinweisen. (24079

* * *

* **Inowrocław,** 15. Dezember. Während des am vergangenen Mittwoch hier stattgefundenen Jahrmarktes kam es zu Ausschreitungen gegen mehrere hier mit ihren Waren eingetroffene Juden, wobei diese mißhandelt und ein Teil ihrer Waren gestohlen wurde. Nunmehr ist es der Polizei gelungen, einigen Personen die gestohlene Ware wieder abzunehmen und die Diebe ins sichere Gewahrsam zu bringen. — In die Wohnung eines gewissen Urbański, der nach dem Polizeikommissariat zitiert wurde, um in Sachen der Mißhandlung der Juden während des Jahrmarkts verhört zu werden, kam dessen guter Bekannter, der aus Oberschlesien stammende Kwapik, und verlangte von der Frau des U. angeblich in dessen Auftrage die Verabfolgung des Paletots seines Freundes. Frau U., nichts Böses ahnend, übergab dem K. den Paletot, mit welchem K. dann spurlos verschwand. Zur Auffindung des Gauners wurden von der Polizei Ermittelungen angestellt.

* **Posen** (Poznań), 15. Dezember. Mit dem 15. Dezember ist die Personenhaltestelle Plewiska auf der Strecke Posen—Bentschen zwischen den Stationen Junikowo und Palenzie für den Personen- und Gepäckverkehr eröffnet worden.

* **Posen** (Poznań), 15. Dezember. Über einen Doppelmord wird berichtet: Am letzten Sonnabend wurden zwischen 3 und 4 Uhr die Witwe Hulda Stolińska geb. Radke und ihr 3½jähriger Sohn Paul Stoliński in ihrer Wohnung ul. Niegolewskich 4 (fr. Augustastraße) ermordet aufgefunden. Die Ermordete wohnte dort mit ihrer Schwester Meta Prill und deren 2½jährigen Tochter zusammen. Wie die Mitbewohner des Hauses angaben, ist die grauenvolle Tat auf folgende Weise geschehen: Gegen 3 Uhr erschien vor der Wohnung ein Mann, welcher, wie die Einwohner bemerkt hatten, dort ständig verkehrte. Er fand die Wohnung verschlossen vor und erfuhr von den Nachbarsleuten, daß die St. kurz vorher weggegangen sei. Er öffnete daher die Wohnung mittels eines Dietrichs. Kurz darauf erschien auch die Inhaberin. Nach einiger Zeit hörte man in der Wohnung einen starken Schrei. Nach einer halben Stunde begab sich der Mann wieder zur Stadt, der, wie sich später herausstellte, der Schwager der Ermordeten war. Denn unterwegs traf er seine Frau, welcher er erklärte, daß er schon bei seiner Schwägerin gewesen war und jetzt nach der Stadt gehen müsse. Als nun die Prill in ihrer Wohnung ankam, fand sie ihre Schwester im Bett ermordet vor. Die sofort herbeigerufene Polizei stellte fest, daß die Frau mehrere Schläge auf den Kopf bekommen hat. Um den Hals war ihr ein Bettlaken umgebunden, wahrscheinlich, um etwaige Hilferufe zu verhindern. Gleichfalls war sie auch an Händen und Füßen gefesselt. Auf die gleiche Weise wurde auch ihr 3½jähriger Sohn ermordet aufgefunden. Als Mörder kommt nur in Frage der Schwager der St., Józef Prill, geboren am 28. Februar 1895 in Schubin. Er ist bis jetzt flüchtig. Er ist 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, längliches Gesicht und einen auffallend großen Kopf. An der linken Kopfseite befindet sich eine Narbe, welche von einem Granatsplitter herrührt. Außerdem hat er noch eine etwas hängende Schulter und einen kleinen englischen Schnurrbart. Bekleidet war er mit einem dunkelgrauen Anzug, einer braunen Sportmütze und schwarzen Schnürschuhen. Er hat erst vor kurzem das Zuchthaus verlassen und wollte wahrscheinlich seine Schwägerin während ihrer Abwesenheit bestehlen. Wie bis jetzt festgestellt wurde, hat er auch eine kleinere Geldsumme und einen goldenen Trauring gestohlen.

*

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 13. Dezember. Die Warschauer Polizeiverwaltung beabsichtigt, Telephonapparate in den verschiedenen Straßen Warschaus so anzubringen, daß jeder patrouillierende Polizeibeamte ohne große Mühe in der Lage ist, sofort das zuständige Revier zu benachrichtigen und Unterstützung herbeizurufen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß bei plötzlichen Ereignissen die Polizeibeamten nicht in der Lage waren, sich mit einer Wache in Verbindung zu setzen und daß einzig und allein aus diesem Grunde es manchen Verbrechern möglich geworden ist, zu entkommen.

* **Krakau** (Kraków), 13. Dezember. Ein Spiritismus-Schwindler ist hier entlarvt worden. Der „Przegl. Wiecz." berichtet darüber folgendes: Das berühmte Medium Guzik beabsichtigte, hier eine Reihe von Vorstellungen zu geben, um zu beweisen, daß große metaphysische Kräfte in ihm schlummerten. Die Krakauer metaphysische Vereinigung veranstaltete einige Seancen, wobei einige Wahrheitssucher auf den für Guzik sehr unangenehmen Einfall kamen, plötzlich ein Blitzlicht aufflammen zu lassen und eine photographische Aufnahme zu machen. Dabei stellte sich heraus, daß Guzik es nach berühmten Mustern verstanden hatte, seine „kontrollierten" Hände frei zu bekommen und, da die Finger mit Phosphor präpariert waren, den staunenden Anwesenden in der Dunkelheit die tollsten Geistererscheinungen vorzumachen. Ein sehr sinnreiches System setzte ihn ferner in die Lage, mit Händen und Füßen von ihm entfernt stehende Gegenstände in Bewegung zu setzen. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde veröffentlicht, worauf Guzik „unbekannt wohin" verreist ist, ohne sich daran zu kehren, daß die große öffentliche Vorstellung, für die er sich ein gewaltiges Honorar ausbedungen hatte, unmittelbar bevorstand.

Staatliche Konvertierungsanleihe.

Verordnung des Finanzministers vom 7. 6. 1924 betr. Ausgabe einer 5prozentigen Konvertierungsanleihe von 1924.

§ 1. Mit dem 1. September wird eine 5prozentige staatliche Konvertierungsanleihe in Obligationen zu 10, 50 und 100 Złoty auf den Vorzeiger herausgegeben, die die Unterschrift des Finanzministers, des Direktors der Abteilung für Geldverkehr im Finanzministerium und des Staatsschuldenkontrollausschusses tragen; ferner werden Bruchstückbescheinigungen zu 5, 3 und 1 Złoty, lautend auf den Vorzeiger, ausgegeben.

§ 2. Die Obligationen dieser Anleihe sind mit 40 Abschnitten versehen, die halbjährlich nachträglich am 2. Januar und 1. Juli jeden Jahres gegen Vorzeigung der betreffenden Abschnitte zahlbar sind. Der erste ist am 1. Juli 1925 fällig.

Jeder Abschnitt trägt die Unterschrift des Finanzministers.

Die Bruchstückbescheinigungen berechtigen ihre Inhaber, gegen Vorlegung solcher Bescheinigungen mit zusammen 10 Złoty oder einem Vielfachen dessen, Obligationen dieser Anleihe in Empfang zu nehmen.

§ 3. Die Bruchstückbescheinigungen werden bei dem Amt für Staatsanleihen in Warschau und bei den Finanzkassen in Lodz, Posen, Lemberg und Wilna in Obligationen eingetauscht. Beim Eintausch werden die rückständigen und bereits fälligen Zinsen vom 1. Januar 1925 ab ausgezahlt.

§ 4. Die Konvertierungsanleihe ist vom 1. Juli 1925 ab nach dem im Januar 1925 zu veröffentlichenden Tilgungsplan bis zum 2. Januar 1945 in 40 Halbjahresteilen je am 2. Januar und 1. Juli zu tilgen.

Die nicht eingetauschten Bruchstücks-Bescheinigungen werden mit der letzten Anleihetilgungsrate getilgt.

Der Entgelt für diese Bruchstücksbescheinigungen wird zugleich mit allen seit dem 1 Januar 1925 fälligen Zinsen ausgezahlt.

§ 5. Die Konvertierungsanleihe wird ausschließlich im Austausch gegen die im Amt für Staatsanleihen bis zum 1. Januar 1925 angemeldeten Anleihen ausgegeben, und zwar gegen folgende Anleihen:

1. Assignaten der Staatsanleihen von 1918, ausgegeben auf Grund des Erlasses des Regentschaftsrates vom 30. Oktober 1918, betr. Ausgabe einer Staatsanleihe (Dz. P. P. P. Nr. 14, Pos. 32) im Verhältnis von 10 Złoty der Konvertierungsanleihe für den Nennwert von 250 poln. Mark bzw. 115 russischen Rubel oder 350 österreichische Kronen, zusammen mit den seit dem 1. November 1919 bzw. 1. Mai 1920 zu entrichtenden Zinsen,
2. Obligationen der 5prozentigen langfristigen Staatsanleihe von 1920, ausgegeben auf Grund des Gesetzes vom 27. Februar 1920, betr. Ausgabe der 5prozentigen langfristigen Staatsanleihe von 1920 (Dz. U. Nr. 25, Pos. 152), ferner Obligationen der 5prozentigen kurzfristigen Staatsanleihe von 1920, ausgegeben auf Grund des Gesetzes vom 27. Februar 1920, betr. Ausgabe einer 5prozentigen kurzfristigen inneren Staatsanleihe (Dz. U. Nr. 21, Pos. 115), im Verhältnis von 10 Złoty Konvertierungsanleihe gegen 1000 polnische Mark Nennwert, zusammen mit dem Wert des auf den 1. Januar 1925 von diesem Nennwert laufenden Zinsabschnittes,
3. Obligationen der 4prozentigen staatlichen Prämienanleihe von 1920, ausgegeben auf Grund des Gesetzes vom 16. Juni 1920, betr die 4prozentige staatliche Prämienanleihe (Dz. U. Nr. 61, Pos. 391), im Verhältnis von 10 Złoty für den Nennwert von 5000 polnischen Mark zusammen mit dem Wert des auf den 1. Januar 1925 von diesem Nennwert laufenden Zinsabschnitte.

Die Summe der Konvertierungsanleihe wird innerhalb 30 Tagen nach dem Ablauf der Anmeldefrist für die in Punkt 1 bis 3 dieses Paragraphen erwähnten Anleihen, d. h. nach dem 1. Januar 1925, festgestellt und veröffentlicht werden.

§ 6. Bei dem Austausch der Assignaten und der Obligationen der in § 5 dieser Verordnung erwähnten Anleihe erhält der Vorzeiger dieser Assignaten oder Obligationen, falls sie mit allen Zinsabschnitten versehen sind, die am 1. Januar 1925 noch nicht fällig sind, und mit dem auf den 1. Januar 1925 lautenden Zinsabschnitt, bzw. wenn dieser Zinsabschnitt fehlt, mit einem der bereits fälligen Zinsabschnitte im Austausch gegen diese Obligationen solche der Konvertierungsanleihe in dem in § 5 dieser Verordnung bezeichneten Verhältnis.

Falls die zum Austausch vorgelegten Assignaten oder Obligationen sich nicht vollständig in Obligationen der Konvertierungsanleihe eintauschen lassen und ein Rest verbleibt, der kleiner ist, als der kleinste Abschnitt der Konvertierungsanleihe, wird dieser Rest entweder bar ausgezahlt oder für ihn eine Bruchstückbescheinigung ausgestellt.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Kleine Rundschau.

* **Wettfliegen der Vögel mit den Eisenbahnzügen.** Als die Eisenbahnen in Deutschland noch verhältnismäßig neu und selten waren, konnte man öfter ein Wettfliegen der Vögel mit fahrenden Zügen beobachten. Konrad M. v. Unruh berichtet dies in seinem hochinteressanten Werke „Leben mit Tieren" nach Erinnerungen aus seiner Knabenzeit. Augenscheinlich regte die dahinrollende Massigkeit eines Bahnzuges auch in den Vögeln aller Art eine gewisse Neugier, in den raschfliegenden aber ein Mitstreben an. Sie flogen eine Strecke mit dem Zuge in gleicher Richtung mit, bis sie sich überzeugt hatten, daß sie ihm doch überlegen waren. Seit die Züge schneller fahren, sieht man nur ausnahmsweise Schwalben, Tauben und einzelne Falken einen kürzeren Wettflug versuchen. Sie schwenken dann plötzlich ab und fliegen zurück.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten

Die Wahlen zur Krankenkasse der Stadt Bydgoszcz.

Im Sinne des Art. 62 des Gesetzes vom 19. 5. 1920, sowie der §§ 86 und 87 des Krankenkassenstatuts werden die Wahlen zum Vorstand der Krankenkasse der Stadt Bydgoszcz auf Grund der Verordnung des Ministers für Arbeit und soziale Fürsorge vom 21. März 1921 (Dz. Ust. für das Jahr 1921, Nr. 35, Pos. 211) über die Wahlbestimmungen für Krankenkassen unter Berücksichtigung der Verordnung vom 28. Dezember 1923 (Dz. Ust. für das Jahr 1924, Nr. 3, Pos. 21) über verschiedene Veränderungen und Ergänzungen in folgender Weise durchgeführt:

Die Wahlen zum Vorstand der Krankenkasse finden für Arbeitnehmer und Arbeitgeber **am 1. März 1925** in folgender Reihenfolge statt:

a) für Arbeitnehmer:

vom Buchstaben **A—J** im **Turnsaale des humanistischen Mädchengymnasiums, Staszyca 8—11 (A—E Kommission I, F—J Kommission II),**

vom Buchstaben **K—O** im **Turnsale der Fortbildungsschule, ul. Konarskiego 7 (K—L Komission III, M—O Kommission IV),**

vom Buchstaben **P—Z** im **Turnsaale der Schule Sw. Trójcy, Kordeckiego 34-35 (P—S Kommission V, T—Z Kommission VI);**

b) für Arbeitgeber:

im Gebäude der Krankenkasse der Stadt Bydgoszcz, Sienkiewicza 6.

Die Wahlen werden in direkter und geheimer Abstimmung auf Grund des proportionalen Wahlsystems durchgeführt.

Das Wahlrecht besitzen Arbeitgeber und Versicherte ohne Unterschied des Geschlechts, sofern sie das 20. Lebensjahr vollendet haben. Die Zahl der Delegierten für den Kassenvorstand beträgt für die Arbeitnehmer 20, für die Arbeitgeber 10.

Sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer werden ersucht, Kandidatenlisten in 6 Exemplaren (d. h. entsprechend der Zahl der Wahllokale bzw. der Wahlkommissionen) einzureichen. Die Kandidatenlisten müssen besonders von den Arbeitgebern und besonders von den Arbeitnehmern eingereicht und spätestens bis **zum 7. Februar 1925** niedergelegt werden.

Jeder Wähler darf nur auf eine der durch den Vorstand der Krankenkasse anerkannten Liste stimmen.

Jede Kandidatenliste darf höchstens 2 Mal soviel Kandidaten enthalten, wieviel Delegierte zu wählen sind. Die Kandidaten werden auf der Liste unter laufenden Nummern aufgeführt, die die Reihenfolge ihrer Kandidatur aufweisen, wobei die Vor- und Zunamen, der Beruf sowie ihr Wohnort anzugeben ist, und sofern es sich um Versicherte, mit Ausnahme von ständig Beschäftigten, Kätnern und freiwillig Versicherten handelt, die Adresse und der Name des Arbeitgebers (bzw. der Bezeichnung des Unternehmens), bei dem der Kandidat beschäftigt ist.

Die Kandidatenlisten müssen mindestens von 30 stimmberechtigten Versicherten, die Kandidatenlisten aus der Gruppe der Arbeitgeber von mindestens 5 stimmberechtigten Arbeitgebern unterzeichnet sein. Den Kandidatenlisten ist die Erklärung eines jeden der Kandidaten beizufügen, daß er die Kandidatur, entsprechend der Liste, annimmt. Die die Kandidatenliste Einreichenden sind verpflichtet, ihren Bevollmächtigten und ihren Vertreter zur Erteilung von zur Beseitigung von Mängeln oder zweifelhaften Punkten in der von der Gruppe eingereichten Liste an den Vorstand zu benennen.

Die Verzeichnisse der Wähler, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer, sind zur Durchsicht im Lokal der Krankenkasse der Stadt Bydgoszcz, Sienkiewicza Nr. 6, während der Bürostunden (von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags) vom 14. Dezember 1924 während der ersten 10 Tage, sowie auch an Sonntagen ausgelegt.

Im Laufe von 10 Tagen, vom Tage der Auslegung der Verzeichnisse an gerechnet, steht jedem Versicherten in bezug auf die Versicherten, und jedem Arbeitgeber in bezug auf die Arbeitgeber das Recht der Reklamation über die Eintragung oder Streichung aus dem Verzeichnis sowohl des Reklamanten, sowie einer anderen Person zu.

Innerhalb von drei Tagen, vom Tage des Empfanges der Entscheidung des Vorstandes, können die Interessenten eine Beschwerde beim Versicherungsamt einreichen, lediglich jedoch wegen Verletzung des Gesetzes und der Wahlbestimmungen. Die Klage ist an den Vorstand einzureichen.

Die Wahlzettel müssen aus weißem Papier in einer Größe von 10 × 8 cm sein.

Jeder Wähler gibt seine Stimme persönlich ab, im Namen des Arbeitgebers kann jedoch der hierzu berechtigte Bevollmächtigte die Stimme abgeben.

Die Wähler haben Dokumente mitzubringen, die ihre Identität nachweisen und sie auf Verlangen des Vorsitzenden der Wahlkommission vorzuzeigen. 24139

Die weiteren Bestimmungen ergeben sich aus der Verordnung des Ministers für Arbeit und soziale Fürsorge vom 21. März 1921 (Dz. Ust. aus dem Jahre 1921, Nr. 35, Pos. 211) über die Wahlbestimmungen für Krankenkassen unter Berücksichtigung der Verordnung vom 28. Dezember 1923 (Dz. Ust. aus dem Jahre 1924, Nr. 3, Pos. 21) über verschiedene Veränderungen und Ergänzungen.

Bydgoszcz, 10. Dezember 1924.

Zarząd Kasy Chorych miasta Bydgoszczy.